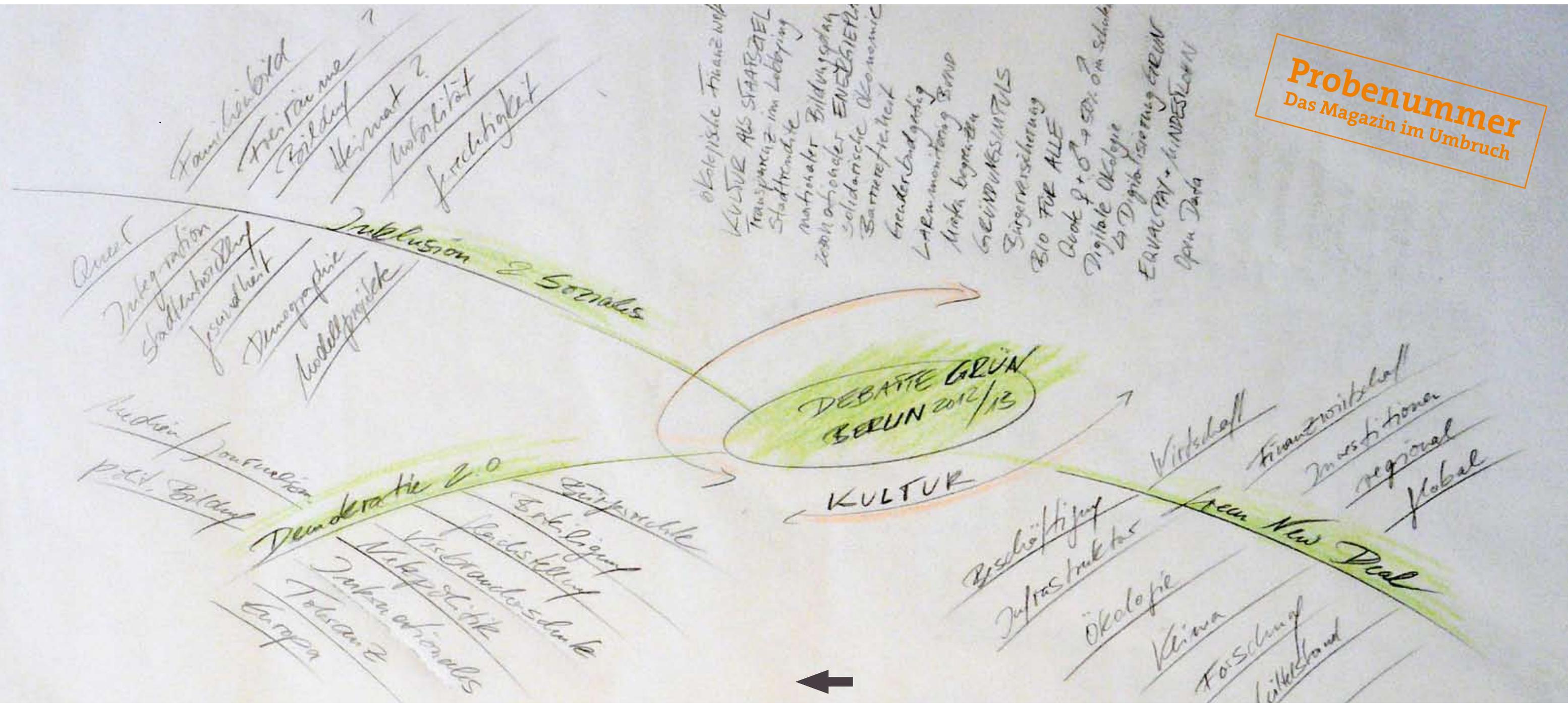


**Probenummer**  
Das Magazin im Umbruch



**Debattenprozess** → Soziale Stadt im Klimawandel → Green New Deal  
**Stadtentwicklung** → Mieten → Flughafennachnutzungen → Guggenheim Lab  
**Energie** → Energiewende in Berlin, Möglichkeiten, Herausforderungen  
**Kultur** → Was ist Grüne Kulturpolitik? → Positionsfindung zum Urheberrecht  
**Porträts** → Kreisverband Steglitz-Zehlendorf → Frauen und Vollversammlung  
**Verschiedenes** → Untersuchungsausschuss NSU → Patchworkfamilien  
**News** → Aus dem Abgeordnetenhaus → **Service**

**ACHTUNG**  
erst lesen, dann blättern

4 **DEBATTENPROZESS**

6 **Fragen zum Debattenprozess an Bettina und Daniel**  
*Interview mit der Redaktion*

8 **Debatte I: Soziale Stadt im Klimawandel**  
*Tilmann Heuser*

10 **Debatte II: Green New Deal – Weil Wirtschaft für den Menschen da ist**  
*Bettina Jarasch, Lisa Paus, Reinhard Bütikofer*

12 **Eine andere Wohnungspolitik ist möglich**  
*Andreas Otto*

14 **Unser energiepolitisches Konzept**  
*Matthias Tang*

15 **Fragebogen zur Qualitätserhebung des Magazins**  
*Redaktion und Landesgeschäftsstelle*

17 **BER Airport Berlin in der Warteschleife**  
*Harald Moritz*

18 **Flughafenfolgen**  
*Franziska Eichstädt-Bohlig*

20 **Nachhaltig, sozial und ohne schwarze Kassen – zum Haushalt**  
*Clara Herrmann, Jochen Esser*

21 **Guggenheim Lab – Viel Lärm um nichts**  
*Antje Kapek*

22 **Genderpolitik rockt!**  
*Dr. Audrey Podann*

24 **Die Grünen im Grünen – Steglitz-Zehlendorf**  
*Jessica Mroß*

26 **Was ist grün an Grüner Kulturpolitik?**  
*Uta Belkuis*

28 **Unerkannte Nazi-Morde – der GAU der föderalen Sicherheitsstruktur**  
*Wolfgang Wieland*

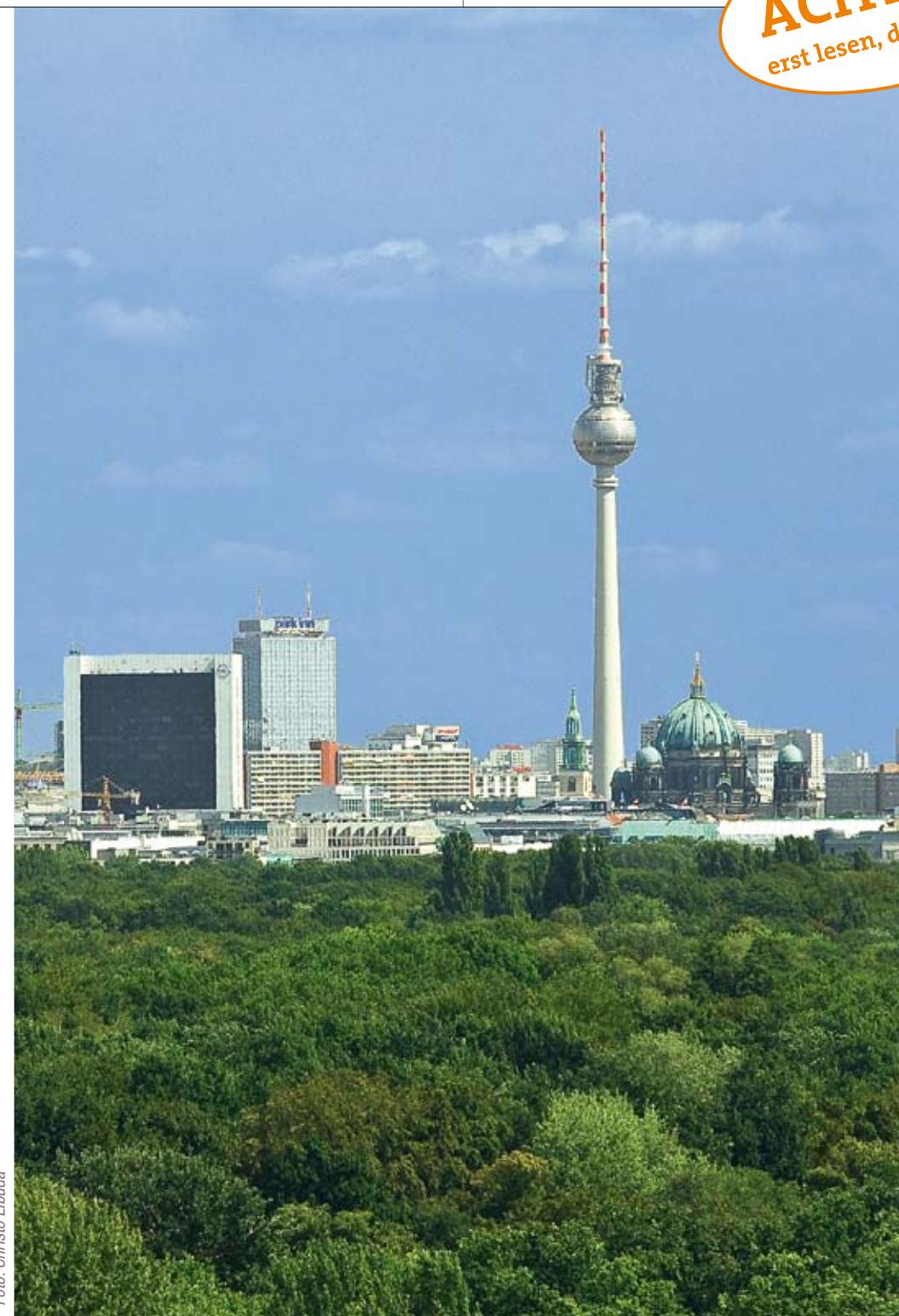
30 **Kultur per Flatrate – Lösung in der Urheberrechtsdebatte?**  
*Matthias Tang*

32 **My Mamas and Papas – Patchwork- und Regenbogenfamilien stärken**  
*Ronald Wenke*

34 **Aus dem Abgeordnetenhaus: Teure Chefsachen**  
*Ramona Pop*

35 **Service: Kontakte, Abkürzungen**

Foto: Christa Libuda



Liebe Freundinnen und Freunde,

passend zum Start von „Debatte Grün“ erscheint unsere Ausgabe 185 symbolträchtig neu. Sie sieht anders aus. Sie ist anders. Seit März gibt es uns als Konzept-Redaktion mit dem Ziel das bisherige Magazin zu optimieren. Damit unser Enthusiasmus Euch ansteckt, haben wir bereits in dieser Ausgabe konkrete Schritte unternommen, nicht gewartet bis alle diskussionswürdigen Aspekte perfekt abgestimmt sind. Diese Ausgabe im Umbruch ist unser erstes Gesprächsangebot. Im Gegenzug hoffen wir auf Euer Feedback: Was wünscht Ihr Euch? Was braucht Ihr von uns für Eure Arbeit? Was macht Euch Spaß? Wie sollen die Argumente langfristig erscheinen, damit Ihr sie von vorn bis hinten lest und leidenschaftlich an viele Interessierte weitergebt? Dazu haben wir einen Fragebogen eingebaut, wie man das so tut. Und hoffen, dass von 5 000 LeserInnen mehr als einige uns unterstützen. Wir antworten mit Freude in Nr. 186.

**betrifft: Relaunch Schritt 1**

Was hat sich schon jetzt verändert? Diese Ausgabe der „Stachligen Argumente“ hat sechzehn Seiten weniger. Finden wir nicht schlimm. Klasse statt Masse. (Zumal wir eine Ehrenamtsredaktion sind...) Vor allem versuchen wir, zu den einzelnen Positionen und Berichten korrespondierende Daten und Fakten sowie Tipps zum Weiterlesen zu liefern oder was uns sonst noch nützlich erscheint. Um die inhaltliche Logik klarer darzustellen, sind Layout und Typografie verändert. Dabei gilt für die nächste Ausgabe: Änderungen möglich.

**betrifft: Titelthema**

Das wichtigste Thema dieser Ausgabe ist unser „Debattenprozess“. Der Landesverband hat sich nach den Abgeordnetenhauswahlen von 2011 entschlossen, die drängendsten Themen der Stadt aufzugreifen und in verschiedensten Formen und Foren neu zu diskutieren, um intern und gemeinsam mit allen interessierten BerlinerInnen zu konstruktiven Lösungen zu kommen. Stichworte sind urbaner Klimaschutz, eine soziale Stadtentwicklung und unsere Vorstellungen vom „Green New Deal“, welcher die Lösung akuter finanzieller und wirtschaftlicher Probleme an nachhaltige Kriterien knüpft. Wir bieten hier den Raum für den Einstieg in alle zentralen Leitgedanken.

**betrifft: Themenvielfalt**

Natürlich finden sich daneben jede Menge weitere aufschlussreiche, aufrüttelnde, nachdenkliche und optimistische Beiträge aus den vielen AGen, LAGen, der Fraktion und den KVen. Die Beiträge zum Haushalt und aus dem Abgeordnetenhaus zeigen: Wir können etwas tun, damit in Berlin wieder mit Grünen Ideen schwarze Zahlen geschrieben werden. Für alle Neuen und gerngesehene Zaungäste gibt es am Ende unsere Kontaktadressen sowie ein Glossar für Grüne Abkürzungen.

Wir wünschen Euch viel Spaß und Anregung,

Eure Redaktion:  
Uta Belkuis, Michaela Gross, Jessica Mroß, Oliver Münchhoff, Nana Nkrumah, Matthias Tang, Ronny Wenke



# Berlin; Debatte GRÜN

Foto: Christo Libuda

## ➤ Fakten & Zahlen

Die Zahlen in dieser Ausgabe beziehen sich alle auf das Statistische Jahrbuch 2006-2011 vom **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg**. Mehr unter [www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)

EinwohnerInnen 2011 in Berlin 3,46 Mio  
Durchschnittsalter BerlinerInnen 43

Einpersonenhaushalte	54 %
EinwohnerInnen über 65 Jahre	19 %
Kinder unehelich geboren	49 %
Migrationshintergrund	25 %
Umzüge innerhalb 2010	300 000
Zuzüge 2010	88 200
Fortzüge 2010	70 200

Größe (3 x so groß wie Malta)	90 000 ha
davon sind Waldfläche	18 %
Wasserfläche	7 %
Naturschutzgebiete	2007 ha
Friedhöfe	1 000 ha
Straßenbäume	436 700
Kleingartenparzellen	74 100

Länge Stadtgrenze	234 km
Verkehrsflächenanteil	15 %
Straßenlänge	5 420 km
S-Bahn-Streckenlänge	330 km
Kraftfahrzeuge in 2010	1,3 Mio
ÖPNV (meist)	24 h/365 Tage
Sportvereine	1 900

Bühnen verkaufte Karten 2010	47 2,9 Mio
Filmtheater	274
öffentliche Bibliotheken	88
Museen	129
Clubs	1 300
gesetzliche Feiertage	9

**Für das Wahlprogramm „Eine Stadt für alle“ hatten die Berliner Grünen bereits Konzepte zum Thema „Soziale Stadt im Klimawandel“ entwickelt. Warum startet nun ein neuer Debattenprozess?**

Foto: Grüne Berlin



**Welche Probleme sollen im neuen Debattenprozess angepackt werden? Und wer soll mitreden?**

**Daniel:** Um mit letzterem zu beginnen: Alle, die etwas beitragen wollen und etwas zu sagen haben. Und das innerhalb und außerhalb unserer Partei. Der Debattenprozess ist deshalb neben unseren inhaltlichen Anliegen auch die Probe aufs Exempel: Wie steht es um die Grünen als „Mitmachpartei“, wie gut funktioniert die innerparteiliche Demokratie und wie durchlässig sind unsere Strukturen?

**Bettina:** Wir sind fest davon überzeugt, dass wir viele Probleme in Berlin nur angehen können, wenn wir möglichst breite Bündnisse schließen mit allen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt, die bereit sind, an unseren Zielen mitzuarbeiten. Zum einen, weil wir auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsens auch aus der Opposition heraus sehr wirksam werden können. Zum anderen, weil dem Land Berlin ganz schlicht das Geld fehlt, um alle anstehenden Herausforderungen allein durch den Einsatz öffentlicher Mittel zu lösen. Die Probleme selbst ergeben sich aus der aktuellen Entwicklung Berlins sowie aus den globalen Krisen, die sich natürlich regional niederschlagen. Die steigenden Mieten zum Beispiel sind ja nicht zuletzt den massiv wachsenden Immobilienspekulationen in Folge der Finanzkrise geschuldet.

**Das ist ein langer Weg. Was sollen MieterInnen tun, die bereits heute in ihren Kiezen von Gentrifizierung betroffen sind?**

**Daniel:** Zunächst nicht jede Mieterhöhung oder Kündigung einfach schlucken, sondern seine Rechte kennen oder sich klug beraten lassen. Der Berliner Mieterverein ist hier eine gute Adresse. Es ist ja bekannt, dass manche Vermieter einfach austesten, was geht. Aber um es noch mal ganz deutlich zu sagen: Es ist nicht allein an den Betroffenen, Gentrifizierung etwas entgegenzusetzen. Das ist auch Aufgabe von Politik.

**Auf der anderen Seite gibt es die benachteiligten Quartiere...**

**Bettina:** Schulen sind ein entscheidender Faktor. Nicht umsonst gibt es den Spruch „Zum sechsten Geburtstag des Kindes rollt der Möbelwagen“. Gerade Schulen in benachteiligten Quartieren brauchen die besten LehrerInnen und die engagiertesten SchulleiterInnen. Wir sehen Schulen als Verantwortungsgemeinschaften, die gerade für schwierige Kieze ein soziales Zentrum werden können, indem alle mitwirken, die rundherum leben, also nicht nur LehrerInnen und Eltern. Außerdem brauchen gerade solche Kieze mehr attraktive öffentliche Räume – mit Freizeiteinrichtungen, die langfristig gesichert sind, mit Grünflächen, die gepflegt werden, mit kleinteiligen Kulturangeboten. Vor allem benötigen wir natürlich eine konstruktive Politik, die die soziale Mischung im Kiez ermöglicht und erhält.

**Preiswerte Mieten trotz energetischer Sanierung und Ökostrom – wie geht das zusammen?**

**Daniel:** Wenn wir Mieterschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander auspielen, sondern zusammendenken. Die explodierenden Energiekosten sind doch schon heute einer der Hauptaspekte für steigende Bruttomieten. Die so genannte „zweite Miete“ macht einen immer größeren Anteil der Wohnkosten aus. Verantwortliche Politik blendet das nicht wie SPD und CDU aus, sondern versucht, die energetische Sanierung voranzutreiben und sozial zu gestalten, ohne die MieterInnen unverhältnismäßig zu belasten. Unsere Vorschläge dazu sind: Das Klimawohn-geld, eine gezielte öffentliche Förderung und die Absenkung der Modernisierungsumlage.

**Was können die Grünen im Sinne sozialer Wohnungspolitik tun?**

**Bettina:** Es gibt viele kleine Stell-schrauben. Eine spannende Frage ist, wie wir gemeinwohlorientierte Investoren und Wohnformen stärken können. Indem sie beispielsweise Grundstücke in Erbpacht bekommen und dafür im Gegenzug dauerhaft preiswerten und energetisch sanierten Wohnraum zur Verfügung stellen und Wohnkonzepte für das Zusammenleben von Jung und Alt entwickeln.

**Daniel:** Und es gibt die großen Hebel. Zu letzteren gehört vor allem das deutsche Mietrecht. Wir müssen also auch auf Bundesebene für eine soziale Mietenpolitik kämpfen, am besten im Bündnis mit anderen betroffenen Städten wie Hamburg, München oder Frankfurt. Als Berliner Grüne sollten wir dieses Thema im kommenden Bundestagswahlkampf weit nach vorne stellen.

**Wie soll Berlins Energieversorgung in der Zukunft aussehen?**

**Bettina:** Sie soll erneuerbar sein, klar – und uns unabhängig machen sowohl von Atomkraft als auch von den fossilen Rohstoffen, die immer knapper werden und die Preise dadurch hochtreiben. Das wird für uns als Stadtstaat nur gemeinsam mit dem Land Brandenburg gehen und nur dann, wenn wir wirklich alle Mittel nutzen, die wir hier vor Ort haben. Und wenn die BürgerInnen die Energieversorgung auch zu ihrer Sache machen, mit ihrem Kaufverhalten und ihrer Stimme Druck ausüben. Das Land Berlin mit seinem riesigen schlecht sanierten Gebäudebestand muss mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür haben wir das Konzept des Klimastadtwerks entwickelt. Ich freue mich sehr, dass das „Volksbegehren Neue Energie für Berlin“ nicht nur die Trennung der Stromnetze von Vattenfall fordert, sondern auch die Gründung eines solchen öffentlichen Unternehmens.

**Daniel:** Wir wollen weg von den Energiemonopolisten und den großen konventionellen Kraftwerken, hin zu mehr dezentralen Einheiten und einer intelligenten Steuerung von Produktion, Verteilung und Verbrauch. Und ein Stadtstaat ohne allzu viele Ressourcen kann und muss vor allem eines leisten: Energieeinsparung. Hier liegt unser größtes Potential.

**Gretchenfrage: Was unterscheidet die Grüne Debatte von der Herangehensweise anderer Parteien?**

**Bettina:** Wir werden im Debattenprozess auch Aspekte angehen, die uns vor Zielkonflikte stellen oder die parteiintern umstritten sind. Und diese herausfordernde Weiterentwicklung wollen wir öffentlich tun, um das Know-how von AkteurInnen der Stadt einzubinden und gemeinsame Lösungen zu finden. Den StrategInnen und KampagnenplanerInnen in den Partezentralen ist es normalerweise lieber, einen fertigen neuen Wurf öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

**Welche Fragen liegen Euch besonders am Herzen?**

**Daniel:** Die zentralen Gerechtigkeitsfragen: **Wie kann die Stadt sozialer werden, mehr Teilhabe und Lebensqualität für alle ermöglichen? Wie justieren wir in Berlin das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie und welche Art von Wachstum brauchen wir wirklich? Wie sieht echte Partizipation aus, die Beteiligung und Transparenz nicht von Geldbeutel, Bildungsgrad oder sozialer Herkunft abhängig macht?**

**Bettina:** **Wie gelingt es uns, Politik durchlässiger zu machen für Impulse aus der Gesellschaft? Wie können wir unsere Gründungsidee wieder stärker für die Lösung aktueller Probleme fruchtbar machen? Und wie können wir denen, die nach uns kommen, eine lebenswerte Welt hinterlassen? Das ist der Kern der Nachhaltigkeit, die wir in allen Politikfeldern verankern wollen.**

*Bettina Jarasch u. Daniel Wesener, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Berlin*

**Der Berliner Landesverband**

**Landesvorstand**

- \_Bettina Jarasch, Landesvorsitzende
- \_Daniel Wesener, Landesvorsitzender
- \_Marc Urbatsch, Landesschatzmeister
- \_Meike Berg, Beisitzerin
- \_Tilo Fuchs, Beisitzer

- \_Karoline Killat, Beisitzerin
- \_Christine Wübbena, Beisitzerin

**Landesgeschäftsführer**

- \_Mirko Seffzig

- \_Der Berliner Landesverband hat derzeit ca. 5 200 Mitglieder.
- \_29 Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus
- \_4 Berliner Grüne im Bundestag
- \_1 Berliner Grüner im Europaparlament

**Debatte Grün im Netz**

<http://gruene-berlin.de/debattegr%C3%BCn>

**Schon gehört?**

Wenn der Berliner Landesverband mal richtig auf die Pauke hauen will, holt er die Green Igelz, die Bündnis-Grüne Samba-Band.

# Debatte I

**Die handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen einem Mietervertreter und einem Aktiven des Kiezbündnisses bei der Vorstellung des Klimaschutzkonzeptes für den Klausener Kiez in Charlottenburg am 29. Februar diesen Jahres schafften es sogar in die überregionalen Medien – als Symbol für den zunehmenden Widerstand gegen vermeintlich überzogene energetische Sanierungspläne, die steigende Mieten zur Folge hätten und schließlich die sozialen Verdrängungsprozesse in der Stadt weiter verschärfen würden.**

Debatten wie diese zeigen, dass viele Menschen Klimaschutz eher als konkrete Bedrohung wahrnehmen denn als Schutz gegen die möglichen katastrophalen Folgen des Klimawandels. Wenn renommierte KlimaforscherInnen davor warnen, dass die Klimaerwärmung bis zum Jahr 2100 auf etwa 3,5 Grad belaufen werde, sind deren prophezeite Folgen wie der Untergang von Küstengebieten, Nahrungskrisen, Klimaflüchtlinge für die meisten Menschen noch wenig greifbar – insbesondere wenn der Berliner Sommer etwas regnerischer ausfällt.

**Klimaschutz kostet und kann sparen**  
Effektiven Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif, auch wenn er sich langfristig nicht nur durch die Vermeidung katastrophaler Folgen eines ungebremsten Klimawandels, sondern auch ökonomisch rechnet. Die den gesamten Alltag beeinflussenden höheren Energiekosten wirken besonders spürbar für Menschen mit geringem Einkommen. Die höhere Lebensqualität eines umwelt- und gesundheitsbewussten Lebensstils oder die Chancen des ökologischen Umbaus der Gesellschaft sind unter diesen Bedingungen nur schwer vermittelbar, insbesondere

wenn die ökobewussten RatgeberInnen eher ein höheres Einkommen und dank ihres Lebensstils häufig eine schlechtere Klimabilanz aufweisen.

Dass Klimaschutz und der Abbau sozialer Disparitäten nur gemeinsam angegangen werden können, klingt einleuchtend, scheitert aber an der derzeitigen Politik auf Bundes- und Landesebene. Statt den Dialog und Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Akteuren zu suchen und gemeinsam Konzepte für eine sozialverträgliche Klimapolitik zu entwickeln, blockiert sich die Regierung am liebsten selbst.

Bestes Beispiel: die langsamen Fortschritte bei der Sanierung von Gebäuden sowie bei der Modernisierung der Heizungsanlagen. **Die Investitionen in die Reduktion des Energieverbrauchs rentieren sich angesichts steigender Preise für fossile Energien zwar mittel- und langfristig – zunächst jedoch nicht unbedingt für die MieterInnen.** Die VermieterInnen können bis zu elf Prozent der Modernisierungskosten (abzüglich staatlicher Förderung) auf die Miete aufschlagen. Für sie rechnet sich die Sanierung damit einschließlich Steuerersparnis nach spätestens neun Jahren, danach profitieren sie voll von der erhöhten Miete. Für die MieterInnen ist eine Warmmietenneutralität bei den heutigen Energiepreisen dagegen in der Regel nur dann erreichbar, wenn der energetische Zustand eines Hauses vor der Sanierung so schlecht war, dass damit buchstäblich die Straße beheizt wurde. Ansonsten aber werden bei einer Modernisierungsumlage nach Klimasanierung von einem Euro pro Quadratmeter teilweise nur 30 bis 50 Cent an Heizkosten eingespart. Kurz gesagt: die MieterInnen zahlen zunächst erheblich drauf und fühlen sich als VerliererInnen.

**Heiße Diskussionen, die unnötig aufs Eis führen – auch im Land Berlin**  
Notwendig ist daher eine fairere Verteilung der Kosten zwischen VermieterIn und MieterIn ebenso wie eine effektive staatliche Förderpolitik. Und für Haushalte, die sich nicht einmal geringe Mieterhöhungen leisten können, eine **Anpassung des Wohngeldes im Sinne einer mitdenkenden, menschenorientierten Sozialpolitik. Ebenso erforderlich: eine gezielte Energieberatung, um die Einsparpotenziale effektiv zu nutzen.** Denn bei gekippten Fenstern nützt die beste Dämmung nichts und bei falscher Lüftung besteht teilweise Schimmelgefahr. Bei der Anschaffung von energieeffizienten Haushaltsgeräten können zudem Mikrokredite helfen. Diese erprobten Maßnahmen, die als Modellprojekte gerne präsentiert werden, werden jedoch nicht breitwirksam vorangetrieben. Stattdessen hat die schwarz-gelbe Bundesregierung zwar die Standards für die energetische Sanierung erhöht, die Fördermittel jedoch seit 2010 deutlich zurückgefahren. Mit der Konsequenz, dass viele Sanierungsvorhaben auf Eis liegen.

Heiße Luft und Gegenwind für den Klimaschutz produziert auch der Berliner Senat. Angetreten mit dem Versprechen, 2050 eine annähernd klimaneutrale Stadt zu haben, strichen die Spitzenleute von SPD und CDU das zunächst geplante Klimaschutzgesetz aus dem Koalitionsvertrag. Die wohl einmalige Steilvorlage durch einen gemeinsamen Vorschlag von BUND, IHK und Berliner Mieterverein, wie eine effiziente und stufenweise Sanierung des Berliner Gebäudebestandes gesetzlich geregelt werden könnte, griffen die Koalitionäre nicht auf. Dabei ist weit über die Hälfte der über 1,9 Millionen Berliner Wohnungen

noch nicht oder nur teilweise energetisch saniert. **Der Aufbau eines Berliner Stadtwerkes als zentrales Steuerelement einer klima- und sozialverträglichen Energieversorgung** stand zwar (als Light-Version des Grünen Vorschlags eines Klimastadtwerkes) im SPD-Wahlprogramm, ebenso die Rückgewinnung der öffentlichen Kontrolle über die Energienetze. Aber beide schafften es nicht in den Koalitionsvertrag und müssen jetzt vom Berliner Energietisch per Volksbegehren gegen die Regierungsparteien durchgesetzt werden.

**Statt auf konsequente Sozialökologie setzt Schwarz-Rot auf die A 100**  
Entwickeln will der Senat nun erst einmal ein verbindliches Aktionsprogramm für eine zukunftsfähige Klimapolitik. Dabei mangelt es Berlin gerade an einem nicht: an guten Konzepten. Die zeichnen sich in einem Punkt sogar durchaus aus, nämlich in der Verknüpfung von ökologischen und sozialen Aspekten. So setzt der „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ auf ein **nachhaltiges Mobilitätssystem mit Stärkung des Umweltverbundes aus öffentlichem Verkehr, Fahrrad, Zu-Fuß-Gehen, Taxi-Nutzung und Car-Sharing.** Sein explizites Ziel ist, **nicht nur die Umweltbilanz und Stadtverträglichkeit des Verkehrs zu verbessern, sondern auch die soziale Teilhabe aller Menschen zu sichern.** Und obwohl die Möglichkeiten einer nachhaltigen Mobilitätspolitik in den vergangenen Jahren nur suboptimal genutzt wurden, lassen sich die Erfolge durchaus sehen: Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs sinkt, der Anteil des Rad- und Fußverkehrs steigt. Doch statt diesen Trend durch einen massiven Ausbau zum Beispiel der Radinfrastruktur oder des Straßenbahnnetzes zu verstärken, lie-

gen die realen Schwerpunkte der rot-schwarzen Regierungskoalition auf dem Bau des 3 km langen und 500 Mio. Euro teuren Autobahnabschnitts zum Treptower Park und auf dem überdimensionierten Ausbau des Flughafens Schönefeld mit Kostenexplosionen, die letztlich zu Lasten sozial und ökologisch sinnvoller Investitionen gehen.

Neben den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sind daher **jetzt die Bezirke gefordert, eine intelligente und sozialverträgliche Klimapolitik voranzutreiben** – wie im Klausener Kiez mit dem Konzept „Öko-Kiez 2020“. Vorgeschlagen werden Maßnahmen, die weit über die klassischen Klimaschutzmaßnahmen wie Wärmedämmung, Einsatz erneuerbarer Energien oder die nachhaltige Mobilitätspolitik hinausgehen. **So geht es im Sinne der Stadt der kurzen Wege auch um die Stärkung von Handel und Kleinunternehmen vor Ort.** Oder darum, durch den Aufbau von wohnortnahen Dienstleistungen wie Liefer- und Hausdiensten insbesondere älteren Menschen den Verbleib im Kiez zu ermöglichen. Entwickelt und umgesetzt werden soll das Konzept von und gemeinsam mit den Menschen im Kiez, wobei alle sozialen Schichten gezielt eingebunden werden.

**Das kann durchaus zu engagierten Debatten führen, die aber kühlen Köpfen die Chance bieten, gute und breit akzeptierte Lösungsansätze zu finden. Die könnten in den Medien als Beispiel dienen, dass ein effektiver Klimaschutz und eine soziale Stadtentwicklung Hand in Hand realisiert werden können.**

*Tilman Heuser,  
Geschäftsführer BUND*

**Fakten & Zahlen**

[www.klimafakten.de](http://www.klimafakten.de)  
vermittelt Basiswissen über den Klimawandel in verständlicher Form – Ein Projekt der European Climate Foundation

[www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)  
Die Zahlen in dieser Ausgabe beziehen sich alle auf das Statistische Jahrbuch 2006-2011 vom **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.** Weitere Empfehlungen \_Regionaler Sozialbericht 2011 \_Regionaler Bildungsbericht 2010 \_Bericht zum Integrationsmonitoring 2005-2009...

Im Frühjahr 2012 gab es in Berlin  
\_ 1 173 900 sozialversicherungspflichtig Tätige  
\_ 224 000 Arbeitslose (Quote 12,9 %)  
\_ 21 700 Arbeitslose zwischen 15-25 Jahren  
\_ 56 800 Arbeitslose über 50 Jahre  
\_ 14% unterhalb Armutsgefährdungsgrenze

Bruttoinlandsprodukt 2002	78,7 Mrd. €
Bruttoinlandsprodukt 2006	82,4 Mrd. €
Bruttoinlandsprodukt 2010	94,7 Mrd. €
Gewerbeanmeldungen 2010	47 300
Gewerbeaufgaben 2010	27 400
Insolvenzverfahren 2010	7 900

[www.quartiersmanagement-berlin.de](http://www.quartiersmanagement-berlin.de)  
Seit elf Jahren werden durch Fördermittel im Programm „Soziale Stadt“ positive Quartiersentwicklungen angeschoben (soziokulturelle sowie investive Maßnahmen). Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel gekürzt.

# Debatte II

Der Green New Deal ist unsere Antwort auf die globalen Krisen unserer Zeit: Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klima- und Ressourcenkrise, die Gerechtigkeitskrise. Er ist aus unserem Gründungsimpuls heraus entstanden, der Erkenntnis, dass wir dabei sind, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören, und dass wir anders leben und wirtschaften müssen, um nicht auf Kosten der Zukunft oder anderer Menschen zu leben. Der Green New Deal zeigt deshalb Wege für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft auf und für eine nachhaltige Entwicklung. Die wachsende soziale Spaltung verhindert aber nachhaltige Entwicklung, denn sie macht immer mehr Menschen zu abhängigen TransferempfängerInnen und lässt die Potentiale der Menschen ungenutzt. Die Potentiale jedes einzelnen Menschen sind aber gerade für einen Stadtstaat wie Berlin die wichtigste Ressource. Deshalb gehört die soziale Frage zu einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Ein Konzept für einen Green New Deal in Berlin sollte auch aufzeigen, welche Vorteile sich für eine Stadt wie Berlin ergeben, wenn unsere Grünen Konzepte zur Regulierung der Finanzmärkte greifen, indem etwa die Finanzindustrie mit einer Finanztransaktionssteuer an die Leine gelegt wird und eine Vermögensabgabe die Ungleichheit in unserem Land mildert.

Wie kann ein Green New Deal für Berlin konkret aussehen? Im Wahlkampf fehlten uns die zugespitzten und originär Grünen Konzepte, die eigenständigen Gegenentwürfe zur Politik der anderen Parteien. Das gilt auch für den Green New Deal. Wir wollen den Debattenprozess nutzen, um diese Lücke zu schließen. Gemeinsam mit AkteurInnen und BündnispartnerInnen aus der Zivilgesellschaft wollen wir Instrumente und Projekte entwickeln, die den Menschen zeigen, weshalb Grün den Unterschied macht.

➤ **Der New Deal** der 30er Jahre war ein massives staatliches Interventionsprogramm. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und der Schuldenbremse hat das Land Berlin weniger Möglichkeiten. Aber umso konsequenter muss der Staat alle vorhandenen Instrumente für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft nutzen. Deshalb wollen wir wissen: Was kann das Land Berlin, was können die Bezirke tun? Wie können wir das öffentliche Beschaffungswesen, das Vergaberecht, die Töpfe für Wirtschaftsförderung nutzen, um **die Berliner Wirtschaft ökologischer und ressourcensparender zu machen** und um Betriebe zu stärken, die fair entlohnen, nachhaltig produzieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern?

➤ **Zum ökologischen Umbau der Wirtschaft** gehört auch eine Grüne Flächenentwicklungs- und Standortpolitik. **Wie können wir eine zukunftsfähige Standortpolitik in Berlin betreiben**, etwa bei der Nachnutzung des Flughafens Tegel, aber auch in bestehenden Gewerbegebieten und im Umgang mit Liegenschaften des Landes? Sollten wir unsere Position zur Clusterpolitik des Senats neu bewerten und unsere Schwerpunktsetzung auf die Wirtschaftsbereiche Gesundheit und Kreativwirtschaft überdenken?

➤ **Um Berlin zukunftsfähig zu machen**, brauchen wir Innovationen und insgesamt eine Kultur, die Kreativität, Neugier und Unternehmergeist fördert. Überall in den zahlreichen Forschungseinrichtungen und in den Universitäten, aber auch in den vielen Studios, Ateliers, Arbeits- und Bürogemeinschaften in der Stadt sind Menschen, mit denen wir darüber ins Gespräch kommen wollen. Angesichts der Vielfalt an Start-Ups und Selbständigen in Berlin, aber auch der Vielzahl an gebrochenen Erwerbsbiographien müssen wir gleichzeitig **über neue Formen der sozialen Absicherung --nachdenken**.

➤ **Sozialer Aufstieg** hängt wesentlich von Bildung ab. Die hohe Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Ausbildung ist eines der drängendsten sozialen Probleme Berlins. Gleichzeitig macht sich auch in unserer Stadt der Fachkräftemangel bemerkbar. Gerade für Zukunftsbranchen suchen Betriebe vergeblich nach gut ausgebildeten MitarbeiterInnen. Welche Kompetenzen brauchen wir für den ökologischen Umbau der Wirtschaft? **Wie können wir gerade auch kleine und mittlere Betriebe darin unterstützen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen** und insbesondere benachteiligte Jugendliche beim Einstieg in den Beruf besser begleiten?

➤ **Eine nachhaltige Wirtschaft** braucht AkteurInnen, denen es ums Gemeinwohl geht und nicht vor allem um Profitmaximierung. In Berlin gibt es zahlreiche Initiativen und Genossenschaften, die zu diesem so genannten „Dritten Sektor“ zwischen Markt und Staat gehören. **Wie können wir solidarische Ökonomie stärken und weiterentwickeln?** Was brauchen soziale UnternehmerInnen, um erfolgreich zu sein, und was kann die herkömmliche Wirtschaft von ihnen lernen? Die Finanzkrise lehrt uns, dass wir mit unserem Geld anders umgehen müssen: wir müssen dafür sorgen, dass unser Geld sozialen und ökologischen Zwecken dient. Wie mobilisieren wir mehr privates Kapital für Zukunftsinvestitionen wie die Energiewende? Wie gewinnen wir generell mehr BürgerInnen dafür, ihr Geld nachhaltig anzulegen?

➤ **Im New Deal der 1930er Jahre** wurden Autobahnen gebaut. Ein Green New Deal muss zeigen, wie moderne Infrastruktur in Zeiten des Klimawandels funktioniert. Dass die rot-schwarze Koalition in Berlin das nicht kann, wird uns derzeit durch das BER-Desaster vorgeführt. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur für Berlin. Die Verkehrspolitik ist dabei ein Schlüssel. Berlin ist dank seiner Kiezstruktur und eines gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehrs gut aufgestellt für moderne Mobilität. **Wir wollen ein Konzept für eine nachhaltige Mobilität entwickeln, das zugleich bestehende Anbindungs- und Verkehrsprobleme löst.**

**Wir wollen anhand dieser Fragen konkret an Projekten arbeiten, gemeinsam mit Euch und mit externen AkteurInnen. Wir hoffen deshalb, dass diese Fragen auch Leitfaden für die politische Arbeit der nächsten Monate in den Bezirksverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften sein werden. Um diese Arbeit zu bündeln, bieten wir an:**

**Werkstatt, 27. Oktober „Green New Deal“**

*Text: Bettina Jarasch, Berliner Landesvorsitzende, Lisa Paus, MdB, Reinhard Bütikofer, MdE*

➤ **The New Deal**

**Die Karten neu mischen** \_1932, inmitten der Weltwirtschaftskrise, versprach der demokratische Präsidentschaftskandidat Franklin D. Roosevelt den AmerikanerInnen den „New Deal“. Die Nation lag darnieder: 25% Arbeitslosigkeit, 33% Teilzeitarbeit und 40% der Banken gingen pleite. Mit der Zahl der Sozialhilfeemp-

fängerInnen wuchsen die Staatsausgaben rasant. Der Sozialhilfesatz wurde so weit heruntergeschraubt, dass er nur noch zum Kauf von 2/3 der zur Gesundheitserhaltung notwendigen Nahrungsmenge reichte. Es herrschte Hungersnot. Auch eine Folge der Doktrin „Weniger Staat!“. So konnte Roosevelt mit seiner Serie von

angestrebten Wirtschafts- und Sozialreformen die Wahl gewinnen: Das war die Geburtsstunde des „New Deal“. **Das Kernproblem** sah Roosevelt in der zu ungleichen Verteilung der Kaufkraft, gepaart mit zu vielen spekulativen Investitionen: Deshalb sollte die Entlohnung für Arbeit steigen und der Gewinn aus Risikoanlagen sin-

ken. Den Dreiklang, rasch die Not zu lindern, die Wirtschaft anzukurbeln und das System zu reformieren, ging Roosevelt unter anderem an mit Steuer- und Sozialhilfeerhöhungen, Mindestlöhnen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, starken Eigenheimförderungen und Geldmarktregulierungen. Dieser massive staatliche Ein-

griff gab der Nation neuen Mut. Ihre Demokratie war während der Weltwirtschaftskrise nie in Gefahr. **Übrigens:** Es liegt an diesem „New Deal“, dass es in den USA die „liberals“ (Demokraten) sind, mit denen eine arbeitnehmerfreundliche Politik und Wirtschaftskompetenz assoziiert werden. *Text: Jessica Mroß*



Foto: Andreas Otto

**Berlin ist scheinbar billig, aber für BerlinerInnen teuer. Trotzdem haben SPD, CDU und Linke mehrere 100 000 Wohnungen an den freien Immobilienmarkt verkauft. Nun polemisiert Wowereit, die energetische Sanierung sei schuld an den explodierenden Mieten.**

Berlin ist gefragt. Unsere Stadt lockt immer mehr Menschen an, die hier leben und arbeiten wollen. Neben dem globalen Trend zur Bevölkerungskonzentration in großen Städten spielen dabei die wachsende Bedeutung als Hauptstadt und die Attraktivität durch Wissenschaft, Forschung und Kultur und der für Auswärtige noch günstige Immobilienmarkt eine große Rolle. Wer mieten oder kaufen will, bezahlt weniger als in Paris, München oder Hamburg. Für viele Alteingesessene sieht das anders aus. Schon der Wohnungsmarktbericht 2010, herausgegeben von der Investitionsbank Berlin (IBB), sah **Berlin hinsichtlich der sogenannten Mietbelastungsquote auf dem Niveau von Köln und knapp hinter Hamburg** – allerdings mit dem Hinweis, dass in Berlin der Flächenverbrauch pro Kopf im Durchschnitt höher liege als in den anderen Großstädten.

**Bevölkerungswachstum ohne Wohnungswachstum**

Durch den Ansturm auf den Berliner Wohnungsmarkt geht der Leerstand an Wohnungen zurück. Neubau war in den letzten zehn Jahren kaum ein Thema und so stagniert die Wohnungszahl bei knapp unter 1,9 Mio. Angesichts des Bevölkerungszuwachses, der allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 30 000 Personen betrug, sind die

in der letzten Legislaturperiode durch die rot-rote Koalition propagierten 100 000 leeren Wohnungen einfach nicht da. Der aktuelle Leerstand liegt bei nur ca. 3%. Eine ähnliche Entwicklung wird für das direkte Umland Berlins prognostiziert, während etwas entferntere Bereiche des Landes Brandenburg weiter schrumpfen werden.

**Für die Innenstadt rückt neben hoher Wohnungsnachfrage das Thema Zweckentfremdung von Wohnraum immer stärker in den Fokus.** Ferienwohnungen, Abrisse oder Gewerbenutzungen binden Kapazitäten, die für Dauerwohnen dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

**Knapper Wohnraum = hohe Kosten für MieterInnen und das Land Berlin**

Wenn Wohnraum knapp wird, dann steigen die Preise. Das hat zwei Nachteile. Erstens wird es für Menschen mit wenig Geld schwieriger, ihre Miete zu bezahlen oder eine andere Wohnung zu finden. Die Sozialleistungen wie Wohngeld oder die Kosten der Unterkunft für EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II fallen für den Landeshaushalt stärker ins Gewicht. Zweitens wird die Akzeptanz für die notwendige energetische Sanierung geringer. Denn dafür müssen zum Teil die BewohnerInnen aufkommen. Klaus Wowereit hat im Wahlkampf 2011 gegen die energetische Sanierung polemisiert, weil die Geld kostet. Mit dieser Begründung hat Rot-Rot 2010 auch ein Berliner Klimaschutzgesetz verweigert.

**„Stadtentwicklungsplan Wohnen“**

Die fortschreitende Segregation in Arm und Reich, je nach Ortsteil oder Lage in der Stadt, muss eingedämmt werden. Die energetisch notwendige Sanierung

des Gebäudebestandes darf nicht gegen eine sozialverträgliche Mietpolitik ausgespielt werden. Deshalb hat die Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, in einem „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ **die Grundlagen für die Weiterentwicklung des vorhandenen Wohnungsbestandes und ergänzend für den Neubau zu formulieren.**

**Der Werkzeugkasten der Wohnungspolitik: Geld, Eigentum und Recht**

Berlin hat mit der früheren Sozialwohnungsförderung schlimme Fehler gemacht. Hohe Baupreise, Insolvenzen von EigentümerInnen und Kostenmieten von bis zu 20 Euro haben eine soziale Wohnungspolitik für Menschen mit wenig Geld kaum stattfinden lassen. **Eine neue Förderung muss sich auf Belegungsrechte und Zuschüsse zu einem Neubau, der Wohnungen für bestimmte Zielgruppen anbietet, konzentrieren. Dabei muss das Augenmerk auf kleinen Wohnungen liegen.**

Für Menschen, die ALG II beziehen, wollen wir eine Kostenregelung, die regional unterschiedliche Mietpreise als Basis hat und außerdem den energetischen Zustand der Gebäude berücksichtigt. Vom Bund brauchen wir ein **Klimawohngeld, das Bedürftigen hilft, den Mieteranteil an den Modernisierungskosten zu tragen.** Der Mechanismus, dass die Menschen mit dem geringsten Einkommen die höchsten Heizkosten tragen, muss durchbrochen werden. Die **energetische Sanierung muss durch den Staat unterstützt werden**, wie das in Form der KfW-Mittel schon im Ansatz geschieht.

Die Berliner SPD, CDU und Linke haben seit den 90er Jahren mehrere 100 000 Wohnungen verkauft, Rot-Rot

mit der GSW sogar eine Kleinstadt an die Börse gebracht. Besonders die Verkäufe an Heuschrecken statt an BewohnerInnen wirken sich heute negativ aus. Sie generieren zusätzliche Probleme, die vorher nicht da waren. Wir haben bereits in der letzten Legislatur gefordert, die landeseigenen Wohnungsbestände aufzustocken statt abzubauen. Dem hat sich inzwischen Rot-Schwarz angeschlossen. Immerhin. Jetzt geht es darum, die landeseigenen Wohnungen zielgerichtet zu nutzen. Wir schlagen vor, bei Fluktuation Wohnungen zu einem Drittel bevorzugt an BezieherInnen von Sozialleistungen zu vergeben und ein weiteres Drittel an andere Personen mit Wohnberechtigungsschein.

**Die Verwendung von Überschüssen der sechs Wohnungsunternehmen soll im Abgeordnetenhaus diskutiert und beschlossen werden.** So wollen wir erreichen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ein zentrales Steuerungsinstrument der Wohnungspolitik werden und vorrangig Wohnungen für Menschen mit geringen Einkommen bereitstellen.

Berlin muss rechtlich mehr tun, um die soziale Wohnungsfrage zu beantworten: Das Land kann die **Zweckentfremdung von Wohnraum durch eine Verordnung nebst Kontrolle einschränken. Es kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den Milieuschutzgebieten genehmigungspflichtig und damit zum Einzelfall machen. Und endlich könnte es ein Klimaschutzgesetz erlassen.** Denn nur mit einem langfristigen Fahrplan wissen BewohnerInnen und EigentümerInnen, was von ihnen zum Schutz des Klimas und damit des eigenen Betriebskostengeldbeutels erwartet wird.

**Auf Bundesebene ein neues Mietrecht** Auf der Bundesebene kämpfen wir 2013 für gesetzliche Verbesserungen: Wir wollen ein **Mietrecht, das Modernisierungskosten nur dann von MieterInnen erhebt, wenn es um energetische Fragen und Barrierefreiheit geht.** Wer Balkon oder Einbauküche haben möchte, kann das freiwillig bestellen. **Die 11% Modernisierungsumlage wollen wir auf 9% absenken. Außerdem wollen wir eine Reduzierung der heute dreijährlich erlaubten Anhebung der Kaltmiete.**

In Berlin steigt das Mietniveau wesentlich durch Abschlüsse neuer Verträge nach Umzügen. Auch dagegen haben wir ein Rezept entwickelt: **In das Bürgerliche Gesetzbuch soll eine Ermächtigung für die Länder aufgenommen werden, Mieten bei Wiedervermietung in Stadtteilen mit hohem Marktdruck zu regulieren und auf 10 % über der Vergleichsmiete zu begrenzen.** Das wäre ein deutlicher Fortschritt gegenüber der aktuellen Praxis und auch gegenüber dem weitgehend unwirksamen §5 aus dem Wirtschaftsstrafrecht zur Mietpreisüberhöhung.

Eine sozial-ökologische Mietpolitik ist dringend notwendig. Sie kann gelingen, wenn wir einen Verbund mit anderen Bundesländern und speziell den Großstädten schmieden können. Berlin allein ist zwar gefragt, hat aber zu wenig Kraft.

*Andreas Otto, MdA, bau- und wohnungspolitischer Sprecher, Vorsitzender des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr*

**► Berliner Wohnungsmarkt**

Die durchschnittliche Netto-Kaltmiete laut Mietspiegel 2011 beträgt bei bestehenden Mietverträgen in Berlin 5,21 Euro (IBB Wohnungsmarktbericht 2011).

Die Angebotsmieten differieren im Median (das ist jeweils die Hälfte der betrachteten Werte) von 4,82 € in Marzahn-Hellersdorf

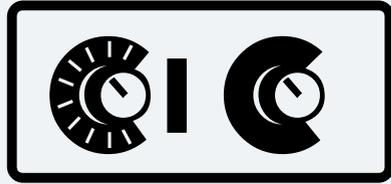
bis zu 7,98 € in Charlottenburg-Wilmersdorf (IBB Wohnungsmarktbericht 2011).

Die Hälfte aller Wohnungen wird zwischen 5,51 und 8 €, 10% aller Wohnungen werden für mehr als 10,05 € angeboten (IBB Wohnungsmarktbericht 2011).

Die Wohnungen der Mitgliedsunternehmen des BBU, u. a. die landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften, geben 2011 durchschnittliche Neuvertragsmieten von 4,78 € in Marzahn-Hellersdorf bis 6,21 € in Charlottenburg-Wilmersdorf an (BBU Marktmonitor 12/2011).

Der Immobilienverband von Deutschland gibt für den Bezirk Mitte im Zeitraum von 2009 bis 2011 Steigerungsraten bei den Angebotsmieten in den Standardwohnlagen von 12% und den Vorzugswohnlagen gar von 14,4% an (IVD Marktmietspiegel 2011).

Der Immobilienmakler Engel & Völkers konstatiert für Mitte und angrenzende Bezirke allein 2011 Steigerungen bei den Angeboten von Bestandswohnungen von 3 € pro Quadratmeter (Pressemitteilung vom 21. Mai 2012).



Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) von Bündnis 90/Die Grünen hat am 24. März 2012 ein energiepolitisches Konzept für Berlin beschlossen. Denn der Atomausstieg alleine bringt noch keine Energiewende. Sie muss auch und gerade in den Städten anfangen und sie muss sozial gestaltet werden.

Berlin könnte ein Beispiel dafür sein, wie die Energiewende in Großstädten praktisch aussehen kann: Hier könnte man zeigen, wie das Ziel einer vollständigen Versorgung mit Erneuerbaren Energien so bald wie möglich erreicht werden kann. Und hier muss man zeigen, wie die Energiepolitik sozialer und demokratischer gestaltet werden kann als bisher.

### Schlechte Ausgangslage

Bundesweit ist Berlin Schlusslicht bei den Erneuerbaren Energien und im Bereich der Energieeffizienz. Der rot-schwarze Senat hat sein klimapolitisches Desinteresse mit der Absage an ein Klimaschutzgesetz deutlich gemacht. Das ist besonders dramatisch, weil sich für Berlin mit dem Auslaufen der Konzessionsverträge für das Strom- und Fernwärmenetz (Ende 2014) und für das Gasnetz (Ende 2013) eine Chance zum Umsteuern bietet: Mit der Neuvergabe könnte ein Paradigmenwechsel umgesetzt werden.

Berlins Stromnetz gehört dem Energiekonzern Vattenfall, der das Netz im Jahr 2003 im Zuge der Bewag-Privatisierung gekauft hat. Wir meinen: Der Betrieb des Stromnetzes darf nicht dem Profit von Vattenfall oder privater Konzerne dienen, sondern muss langfristigen Interessen folgen. Gewinne müssen in den Ausbau der Erneuerbaren Energien reinvestiert, Investitionen in das Netz und eine bezahlbare Energieversorgung sichergestellt werden. Vattenfalls Interesse, möglichst lange, möglichst viel Atom- und Kohlestrom zu verkaufen, lässt sich nicht mit unseren Anforderungen an einen Netzbetreiber in Berlin harmonisieren. Eine erneute Vergabe der Konzession an Vattenfall lehnen wir daher ab.

Eine vollständige Rekommunalisierung des Netzes wird in Berlin zum Beispiel vom „Berliner Energietisch“ gefordert. Für uns Grüne ist dies jedoch nicht der beste Weg; denn angesichts der Haushaltslage müsste der Kaufpreis langfristig über die Netzentgelte finanziert werden. Wir wollen die Gewinne des Netzbetriebs jedoch in den Ausbau der Erneuerbaren investieren und können uns deshalb eine Konzessionsabgabe an unabhängige Netzbetreiber oder die genossenschaftliche Beteiligung der BürgerInnen vorstellen.

### Klimastadtwerk für Berlin

Eine unserer zentralen Forderungen die wir mit dem „Berliner Energietisch“ teilen, ist ein „Grünes Klimastadtwerk“. Dieses soll erneuerbare Energie produzieren, indem es auf den Dächern die Solarenergie und unter dem Boden die Erdwärme nutzt. Es soll veraltete Heizungsanlagen in öffentlichen Gebäuden durch moderne Blockheizkraftwerke ersetzen, an die auch die benachbarte Bebauung angeschlossen

werden kann. Dazu wollen wir es schrittweise mit einem Eigenkapital von 500 Millionen Euro ausstatten – aus den jährlich nicht verbrauchten Investitionsmitteln, aus Mitteln der baulichen Unterhaltung und weiteren Haushaltsresten. Daneben soll das Klimastadtwerk die Möglichkeit erhalten, kreditfinanzierte Klimaschutzprojekte umzusetzen.

Eine gute Energiepolitik ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Das Klimastadtwerk soll Modelle für eine sozialverträgliche energetische Sanierung umsetzen und vor allem einkommensschwache Haushalte gezielt unterstützen – zum Beispiel durch eine Energie-Beratung oder indem es Haushalten hilft, denen der Strom abgeklemmt wurde.

### Viele Schritte für eine Energiewende

Netzausbau und Klimastadtwerk sind zwei von vielen weiteren Schritten der Energiewende in Berlin: In dem Beschluss der LDK geht es auch um die enge Kooperation mit Brandenburg, um effiziente Heizungsanlagen und die energetische Sanierung der Berliner Häuser. Diese Sanierung kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, darf aber nicht auf Kosten der MieterInnen gehen (siehe Beitrag von Andreas Otto, Seite 12). Worauf es aber vor allem ankommt, ist: Allein vom Reden kommt noch keine Energiewende. Vom rot-schwarzen Senat sind jedoch genauso wenig konkrete Schritte zu erwarten wie von der schwarz-gelben Bundesregierung.

Matthias Tang, Redaktion, Sprecher der LAG Medien

Bis 2016 soll in Berlin ein intelligentes virtuelles Kraftwerk entstehen, das eine größere elektrische Leistung hat als alle konventionellen Berliner Kraftwerke. Vattenfall und GASAG wollen in Pilotprojekten dezentrale Anlagen der Erneuerbaren Energien und Blockheizkraftwerke durch intelligente Regelungstechnik zusammen-

schließen. Wir Grünen möchten diese zu einem Klimastadtwerk zusammenführen, bei dem die Regelungsdienstleistung in einer Hand liegt. Die physische Energieproduktion soll von unterschiedlichen Personen oder Unternehmen erbracht werden können und damit so marktoffen wie möglich sein.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wer kennt das nicht: Das Telefon klingelt, es meldet sich jemand und will nur ein paar ganz wenige Fragen zu wahlweise Eurer Altersvorsorge, Waschmittelvorliebe oder Handynutzung stellen. Was tut Ihr? Ihr legt auf. Das machen wir auch. Wir haben uns deshalb eine wirklich kurze schriftliche Umfrage zum Magazin überlegt, die Ihr ganz nebenbei ausfüllen könnt – wann und wo Ihr wollt: per Post, per Mail oder online unter [www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de). Wir bitten Euch herzlich, unseren Weg der Konzeptfindung zu unterstützen; denn die „Stachligen Argumente“ wären „für die Katz“, wenn wir an Euren Bedürfnissen als Leserinnen und Leser vorbei produzierten.

Wir sagen schon jetzt „Danke!“ und wünschen Euch einen wunderschönen Sommer.

Eure Redaktion

Ich lese die „Stachligen Argumente“ (Mehrfachnennungen möglich)

- weil ich mich über Grüne Politik auf Landesebene auf dem Laufenden halten will
- weil ich Grüne Debatten verfolgen möchte
- weil ich Grüne Argumente für die Diskussion mit FreundInnen, KollegInnen, NachbarInnen suche
- intensiv
- eher oberflächlich

Wie nutzt Du die Stachligen Argumente?

- Ich lese meistens jeden Text
- Ich lese die Mehrzahl der Texte
- Ich lese meistens einige der Texte
- Ich blättere die Zeitschrift meistens nur einmal durch
- Ich komme gar nicht dazu, mir die Zeitschrift anzuschauen

Für die Zukunft wünsche ich mir von den Stachligen Argumenten (Mehrfachnennungen möglich)

- mehr über allgemeine Politik
- weniger über allgemeine Politik
- mehr über Grüne Politik
- weniger über Grüne Politik
- mehr Berliner Themen
- mehr Bundesthemen
- mehr Infos/Fakten
- weniger Infos/Fakten
- mehr aktuelle Themen
- mehr Grundsatzthemen
- mehr Reportagen
- weniger Reportagen
- dass alles bleibt, wie es ist

Wenn es die Stachligen Argumente als PDF-Ausgabe per E-Mail gäbe, würde ich auf die gedruckte Ausgabe verzichten.

- ja
- nein

Ich bin als Parteimitglied

- eher aktiv
- eher passiv

Ich bin Parteimitglied seit

- weniger als fünf Jahren
- fünf bis zehn Jahren
- mehr als zehn Jahren

Folgende Themen interessieren mich besonders:

---



---



---

## → Klimastadtwerk





Bildmotiv: Froschperspektive, Blick Rand Flughafengelände von Nordost nach Südwest Richtung Tower/Terminal (Silhouette) im Vordergrund weite Flächen Trockenrasen, Himmel

Dieses – oder ein adäquates – Bild zu organisieren, hat die Kapazität beim besten Willen nicht mehr gereicht. Wir hätten in dieser Ausgabe auch gern mehr Fotos mit konkreten Menschen genutzt (ub)

## Tegel wird lange auf Nachnutzung warten

**Im Ostteil des Tegeler Flugfeldes sollte eine neue Wohnsiedlung mit viel Grün entstehen. Doch auf Druck der IHK und des Bezirks Reinickendorf sieht der neue Flächennutzungsplan nun dort 200 ha Industrie- und Gewerbefläche für „Zukunftstechnologien“ vor. Etwa 260 ha sollen dem Tegeler Forst und dem Landschaftsraum zurückgegeben werden.**

Die gute Anbindung an die Autobahn und der Arbeitsplatzbedarf in Reinickendorf sprechen durchaus für einen Technologiepark. Wir Grünen haben dies im Grundsatz auch unterstützt, wir haben aber gefordert, die Fläche auf das 90 ha große Abfertigungsgelände zu beschränken. Der Bebauungsplan wird auch jetzt auf dieses bereits versiegelte Areal begrenzt. Vielleicht hat unser Protest gegen die Versiegelung von Teilen des Flugfeldes hier gewirkt. Denn natürlich hat die große Freifläche als Kaltluftsee und Klimaschneise für den Nordwesten Berlins eine große Bedeutung. Das Feld ist auch Trinkwassereinzugsgebiet für das Wasserwerk Tegel.

**Keine konkreten Konzepte in Sicht** Für das Flughafenoktagon hat der Architekt Gerkan ein Umwelttechnologiezentrum gefordert. Die Beuth-Hochschule und die TU würden sich gerne dorthin mit einem Forschungscampus erweitern. Wahrscheinlich fehlt Berlin aber für all diese Wünsche das Geld. Es ist auch sinnvoller, dass sich die Hochschulen stadtintegriert entwickeln und vernetzen. Für die TU ist da guter Platz auf dem verödeten Riesenradgelände.

Ein großer Fehler ist, dass der Senat ebenso wie beim Tempelhofer Feld vor jeglicher Konkretisierung der Planung der Adlershof Projekt GmbH bereits die Trägerschaft für das Areal übergeben hat. Da wird nun Monat für Monat viel Geld verbraucht, ohne dass konkrete Umsetzungskonzepte in Sicht sind – zumal Tegel nun noch länger Flughafen bleibt.

**Zu viele Gewerbe- und Industrie- flächen im Land** Das Hauptproblem aber ist Berlins Überangebot an Gewerbe- und Industrieflächen. Berlin möchte sich als Industriestandort neu profilieren und bietet dafür 3 000 ha Flächen an.

Am Flughafen BER warten zusätzlich 1350 ha Gewerbeflächen. Für Zukunftstechnologien stehen in Adlershof noch 60 ha bereit, im „Clean Tech Business Park Marzahn“ 100 ha. Auf dem Tempelhofer Feld soll ebenso E-Mobility forciert werden wie in Tegel. Der Senat ist unfähig, klare Prioritäten zu setzen. Auch zeigt die Krise der Solarwirtschaft, dass die Bäume grüner Zukunftstechnik nicht in den Himmel wachsen, sondern sehr plötzlich nach Asien verlagert werden können.

Das wichtigste für Tegel ist aktuell ein Öffnungskonzept. Das wird hier komplizierter als in Tempelhof. Aber wenn der Flugbetrieb eingestellt ist, wollen wir nicht wieder Jahre warten. Darum muss die Einbindung des Flugfeldes in die Landschaft, die Anbindung für Fuß- und Radwege und die hier notwendige Abtrennung vom Abfertigungsgelände zügig vorbereitet werden. Später sollte es auch eine Fahrradbrücke über den Hohenzollernkanal zur Jungfernheide geben. Dann gewinnt der Nordwesten Berlins einen wunderbaren Erholungsraum.

*Franziska Eichstädt-Bohlig*



Foto: Christian Köhnecke

## Tempelhof nachhaltig entwickeln!

**Der ehemalige Flughafen Tempelhof schenkt uns ein großes freies Feld mitten in der Stadt. Bislang fehlt ein klares Leitbild. Gerade darum ist endlich ein stringentes Verfahren der Bürgerbeteiligung notwendig, die aber mehr sein muss als Information über bereits Beschlossenes. Wir Grünen meinen, dass gerade Tempelhof in umfassender Weise zum Modell umweltverträglicher und nachhaltiger Stadtentwicklung im Umgang mit Gebäuden, Freiflächen und Verkehr, mit Energie, Baumaterialien, Wasser und Abfällen werden muss.**

Viele Menschen wünschen sich, dass das Gebiet des ehemaligen Flughafens so bleiben möge, wie es jetzt ist. Doch beim Senat gibt es ein kräftiges Tauziehen um die Bebauung. Der bestellte Träger Tempelhof Projekt GmbH möchte vor allem, dass sich die Grundstücksveräußerung gut „rechnet“. Die 2008 vorgelegte Planung, nach der die Fläche innerhalb des vorhandenen Taxiways eine große Parklandschaft werden soll, steht in Frage. Die Baufelder im Westen, Süden und Osten sollen verbreitert, der Taxiway enger gezogen werden. Eventuell entfällt dafür das 'Columbiaquartier' im Norden. Wir Grünen sind entschieden gegen die

Ausweitung der Baufelder über den bestehenden Taxiway hinaus. Für Neukölln ist uns besonders wichtig, dass der Schillerkiez hier bald eine neue Schule bekommt.

**Sinnvolle Konzepte gesucht!** Für das denkmalwerte Flughafengebäude gibt es nicht einmal die Suche nach einem Nutzungskonzept, weil Klaus Wowereit es für zweimal jährlich drei Tage an die Bread & Butter-Messe vergeben hat. Statt den Gebäudebestand zu nutzen, will der Senat einen Neubau für die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf die Südwest-Ecke des Feldes an den Tempelhofer Damm stellen. Niemand weiß, woher dafür 270 Millionen Euro kommen sollen. Wir Grünen fordern, dass erst einmal die Standorte der Amerika Gedenkbibliothek und des Flughafengebäudes für die ZLB ernsthaft geprüft werden.

Wir unterstützen im Grundsatz die Pläne für die Parklandschaft und für eine Internationale Gartenausstellung (IGA) 2017. Uns ist dabei wichtig, dass möglichst wenig „Schnickschnack“ geplant wird. Das Feld muss in seinen wesentlichen Teilen Feld bleiben. Hierfür müssen die Probleme der Abgrenzung der IGA und der Zugänglichkeit

während der Ausstellungszeit öffentlich erörtert werden. Klarheit muss auch über die notwendigen Sportfelder für die Bezirke geschaffen werden. Im Süden sollen eine neue Autobrücke und ein neuer S-Bahnhof gebaut werden. Es gibt Ideen, hier einen Omnibusbahnhof zu bauen und eine neue Straße auf das Feld zu legen. Wir sprechen uns dafür aus, dass ausschließlich die notwendige Erschließung für die neuen Baufelder geplant wird und zwar so, dass kein Autoverkehr auf den Taxiway kommt. Der soll Fuß- und Fahrradweg und Markierung der Baugrenze sein. Ein Omnibusbahnhof gehört an zentrale ÖPNV-Knoten wie das Südkreuz.

**Über Zukunftspläne die Vergangenheit nicht vergessen...**

Bei so viel Zukunft muss aber auch die Erinnerung an das KZ Columbiahaus in einer Gedenk- und Informationsstätte neu belebt werden, wofür die Bürgerinitiative thf 33-45 wichtige Arbeit leistet. Tempelhof war nicht nur Flughafen, sondern auch Gefängnis- und KZ-Standort und beschäftigte viele Zwangsarbeiter in der Rüstungsproduktion.

*Franziska Eichstädt-Bohlig*

### ➤ Fakten & Zahlen

**Gesamtfläche 460 Hektar** „Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat aufbauend auf einer Grundlagenermittlung sowie der „Werkstatt Tegel“ 2009 und 2010 ein Strukturkonzept als Vorgabe für die Standortentwicklung Tegels erarbeitet als Basis für die Änderungen von Flächennutzungsplan

und Landschaftsprogramm. Parallel dazu hat sich der Senat mit Beschluss vom 18.5.2010 auf die Koordinierung und Abstimmung der Aufgaben zwischen den Senatsressorts Stadtentwicklung, Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft verständigt, in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk Reinickendorf.“ *senstadt*

### ➤ Fakten & Zahlen

**Gesamtfläche 360 Hektar** Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat beim Projekt „Tempelhofer Freiheit“ als zuständige Fachverwaltung die steuernde und koordinierende Rolle. Sie ist Auftraggeberin der Tempelhof Projekt GmbH (zuständig für die ganzheitliche Entwicklung), welche in Koopera-

tion mit der Grün Berlin GmbH (Entwicklung des Parkraumes, IGA) an der Entwicklung des Standortes arbeitet. Das östlich angrenzende Gebiet Nord-Neukölln ist Teil des Programms „Soziale Stadt“ und als so genannter „Aktionsraum plus“ ausgewiesen.

In der Haushaltspolitik zeigt sich: In dieser Wahlperiode sind die Unterschiede zwischen der Politik des Senats und den Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen deutlich größer als in den Wahlperioden zuvor. Was wir nicht so finanzieren wollen wie vom Senat vorgesehen, betrifft unter anderem die Einstein Stiftung, den Ausgabenersatz an die Messe, die Kampagne „be berlin“, die IT- und Verwaltungskosten, den Bau der A100, die IBA, den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek und die zusätzlichen Haushaltsmittel für die Risikoabschirmung.

120 Millionen Euro für eine intelligente und soziale Wohnungspolitik. Unser finanziell bedeutsamster Änderungsantrag: 100 Millionen Euro für ein Sondervermögen „Soziale Wohnraumförderung“, das der Neubau- und Mietsubvention dient. Weitere 20 Millionen Euro sehen wir für den Kauf von notleidenden Objekten des sozialen Wohnungsbaus vor. Damit werden zugleich die im Haushalt veranschlagten Bürgerschaftszahlungen in Höhe von 100 Millionen Euro für eine aktive Wohnungspolitik mobilisiert. Beide Anträge wurden von SPD und CDU abgelehnt, obwohl sich in Berlin unübersehbar ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum entwickelt, der politische Gegenmaßnahmen verlangt, die wie in anderen deutschen Städten langfristig dreistellige Millionensummen erfordern.

**90 Millionen Euro für die energetische Gebäudesanierung**  
Es ist überfällig, dass Berlin seinen Beitrag zur Energiewende leistet. Mit unserem Änderungsantrag zum Haushalt schaffen wir die haushaltspolitischen Voraussetzungen für eine neue Klimapolitik in Berlin. Unser Antrag sorgt dafür, dass das Ziel des Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“, ein Klimastadtwerk zu gründen, schon in diesem Doppelhaushalt umgesetzt werden kann.

Mit insgesamt 90 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen, Bädern und Verwaltungsgebäuden lösen wir unser Wahlversprechen ein, den Sanierungsstau in Höhe von 1,9 Milliarden Euro mit einer Rate von drei Prozent pro Jahr abzubauen.

**Rechtliche und finanzielle Sicherheit für die Bezirke**  
Der Haushaltsentwurf des Senats hatte ursprünglich eine verfassungswidrige Finanzierung der Bezirke vorgesehen: Zuweisungen des Bundes für die Kosten von Unterkunft und Grundversicherung in Höhe von 280 Millionen Euro sollten unterschlagen werden. Nach unserer Drohung mit Verfassungsklage sind SPD und CDU von diesem Vorhaben abgerückt.

Dadurch wurde der Weg für eine gerechtere Finanzierung der Bezirksverwaltung frei. Unsere Anträge erhöhen den Planfonds für Sachkosten um 51,8 Millionen Euro und senken die Vorgabe für den Personalabbau von 2,0 auf 1,3 Prozent, wie sie auch für die Hauptverwaltung gilt. Wir weisen deshalb den Bezirken zusätzlich 40 Millionen Euro an Personalmitteln zu. Der verbleibende Rest der ursprünglichen „Schwarzen Kasse“ des Senats wird für die Sozialausgaben der Bezirke benötigt.

**Sofortprogramm für bessere Bildung**  
Zehn Millionen Euro sollen als eigenständiges Schulbudget an Schulen mit besonderen Problemlagen für eine bessere pädagogische Ausstattung gegeben werden. Gleichzeitig wollen wir 85 dauerkranke oder abgeordnete Lehrkräfte wieder für den Dienst an den Schulen gewinnen.

Die Ganztagsbetreuung von Schülern der fünften und sechsten Klasse darf nicht zur Finanzierung der Hortbetreuung herangezogen werden. Deshalb nehmen wir die Kürzung des Senats an diesem Punkt zurück. Die Ausstattung der Oberstufenzentren wollen wir verbessern, dem Mangel an Schulhelfern ein Ende setzen. Insgesamt stellen wir mit unseren Anträgen knapp zehn Millionen Euro für diese Sofortmaßnahmen zur Verfügung.

**Unsere Wahlversprechen gelten**  
Mit unseren Forderungen zum Haushalt 2012 /2013 setzen wir unsere Wahlversprechen um, deren Kern Renate Künast so zusammengefasst hatte: „Es gibt klare Kriterien, die für jede Koalition mit den Grünen gelten: Lehrer-neueinstellungen, Schulsanierungen, Begrenzung von Mietsteigerungen, S-Bahn-Chaos beenden, aktive Wirtschafts- und Industriepolitik, Schluss mit dem Schuldenmachen. Und: Eine Verlängerung der innerstädtischen A 100 wird es mit uns nicht geben.“

Darauf sind wir auch ein bisschen stolz. Denn von der selbsternannten Koalition der Infrastrukturprojekte und Klaus Wowereit lässt sich vom Flughafen bis zur ZLB nicht in gleicher Weise sagen, dass die gegebenen Versprechen den Wahltag überlebt hätten.

Clara Herrmann u. Jochen Esser, MdB, haushaltspolitische SprecherInnen



Foto: Promo

Das BMW Guggenheim Lab: Viel Lärm um Nichts

## Solar-Kaffeebohnenröster als Mittel gegen die Spaltung der Stadt?

**Das Spreeufer in Friedrichshain-Kreuzberg ist nicht erst seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid „Spreeufer für Alle!“ immer wieder Anlass für stadtpolitische Diskussionen. Das bürgerschaftliche Engagement und der Einsatz für öffentliche Räume sind ein großes Kapital. Auch das war wohl ein Motiv des BMW Guggenheim Labs, als Standort das Kreuzberger Spreeufer zu wählen. Das hochgesteckte Ziel: Über die „Stadt der Zukunft“ öffentlich zu diskutieren.**

Grund genug auch für den Grünen Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg das spannend klingende Projekt von Anfang an aktiv zu unterstützen.

Doch der aus Angst vor einer zunehmenden Aufwertung und beschleunigten Verdrängung zahlungsschwacher MieterInnen aus dem Kiez entstandene Protest einer Kreuzberger Initiative gegen das Lab und den BMW-Konzern brachte die Wende. Auch die öffentliche Kritik am Sponsor BMW selbst – er habe sich bis heute nicht mit seiner ZwangsarbeiterInnen-Vergangenheit auseinandergesetzt – veranlasste die Projektpartner, sich vom Kreuzberger Standort zurückzuziehen. Das Hauptar-

gument war die angeblich überwältigende Bedrohungslage. Ganz klar: Die Androhung von Gewalt ist nicht tolerierbar. Anhaltspunkte für eine besondere Gefährdung gab es laut Polizei und LKA aber gar nicht.

Statt sich mit einer ernsthaften Gefahreinschätzung zu befassen, nahm die CDU diese Ankündigung zum Anlass, alle KreuzbergerInnen als „linksradikale Chaoten“ zu beschimpfen. Klaus Wowereit rollte dem Guggenheim Lab selbstverliebt den roten Teppich aus. Ganz so, als wäre das Lab die Allround-Waffe gegen die fortschreitende Gentrifizierung und Spaltung Berlins in Arm und Reich.

Nach der ausführlichen Debatte um die Sicherheit in Kreuzberg, muss deshalb auch die Angst vor steigenden Mieten und Verdrängung ernst genommen werden. Hätte das der Senat und vor allem die SPD in den vergangenen Jahren getan, würden sich die Menschen in Berlin nicht mit ihren Sorgen allein gelassen fühlen. Stattdessen behaupteten sie mehr als 10 Jahre lang, es gebe kein Problem steigender Mieten, keine Verdrängung, aber auch kein Recht auf Wohnen in der Innenstadt. Wen wundert es da, dass sich bei dieser mietenpolitischen Bedrohungslage die Gemüter erhitzen?

Wir Grünen begrüßen die stadtpolitische Debatte. Schließlich haben wir die Themen „steigende Mieten“ und „Verdrängung aus der Innenstadt“ schon lange auf der Agenda. Der Rückzug von BMW und Guggenheim aus Kreuzberg irritiert jedoch: Kaum ist die viel beworbene kritische Diskussion im Gange, entziehen sich BMW und Guggenheim eben dieser Debatte. Schnell wird aus kritisch offenbar zu kritisch.

Am 15. Juni 2012 startet das Lab die Debatte über das künftige Leben in Großstädten. Wie allerdings Workshops zum Bau von Solar-Kaffeebohnenröstern drängende Probleme lösen sollen, steht in den Sternen.

Es ist aber gelungen, eine Diskussion über die Frage „Wem gehört die Stadt?“ loszubrechen. Nebenbei war dies gleichzeitig die billigste Werbekampagne, die sich BMW und das Guggenheim Lab nur wünschen konnten.

Antje Kapek, MdB, stadtentwicklungspolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende

### 25 Änderungsanträge 2012/13

➔ Mit ca. 10 Mio. Euro wollen wir kostenneutral wichtige Projekte finanzieren, z.B. \_Rücknahme Kürzung von 1 Mio für Unterhaltung von Radwegen \_Finanzierung des Defizits von Tierpark und Bäderbetrieben \_Erhöhung der Gehälter der Beschäftigten bei den Zuwendungsempfängern

\_Pflanzung von 10 000 Bäumen \_Entwicklung Innovativer Konzepte zur Regenentwässerung ➔ 2,3 Mio Euro im Kulturerbe solidarisch umverteilen \_Grips-Theater retten \_Bau der Schauspielschule Ernst Busch ermöglichen \_Konzeptförderung freier Gruppen auf den Stand vor der Kürzung bringen \_jüdisches Theater sichern

### Hintergründe

<http://www.bmwguggenheimlab.org>: „Das BMW Guggenheim Lab ist ein mobiles Forschungslabor, das in den kommenden sechs Jahren in weltweit neun Metropolen reisen wird. Es wird von jungen, internationalen und interdisziplinären Teams aus den Bereichen Stadtentwicklung, Architektur, Kunst, Design, Wissen-

schaft, Technik, Bildung und Nachhaltigkeit geleitet... Das BMW Guggenheim Lab startete 2011 in New York, ist derzeit in Berlin (15. Juni bis 29. Juli) und wird gegen Ende 2012 nach Mumbai weiterreisen.“

Die Debatten um das Betreuungsgeld, um die verbindliche Quotierung von Führungspositionen, um die Teilung von Erziehungs- und Pflegearbeit oder um die Alterssicherung von Frauen zeigen: Geschlechterpolitik ist als aktuelles Thema in aller Munde. Dabei lässt sich ein Perspektivwechsel ausmachen: Gender geht uns alle an. Gender- bzw. Geschlechterpolitik entwickelt sich weg von dem Schlagwort Frauenpolitik, hin zur Frage der Geschlechtergerechtigkeit. So spannend der Genderansatz für unsere Politik ist, wissen wir aber auch: Genderpolitik kann und soll dezidiert feministische Positionen und Ansätze nicht ersetzen. Solange Frauen strukturell diskriminiert sind, werden wir auf Frauenpolitik von Frauen für Frauen nicht verzichten. Dazu gehört für uns, bewährte Strukturen zu bewahren, neue Themen voranzubringen und klare Interessenpolitik für Frauen zu machen. Umso wichtiger ist es zu definieren, was wir unter Geschlechterpolitik verstehen und wie wir dieses Thema im Jahr 2012 gestalten wollen.

Spannend an Genderpolitik ist, dass prinzipiell alle politischen Bereiche behandelt werden – sie ist eine Querschnittsaufgabe. Zudem gibt es Themenfelder, in denen Genderpolitik das genuine Feld ist.

### Ein alter Hut: Die Quote

Ein gutes Beispiel für anhaltende Aktualität eines geschlechterpolitischen Themas ist die Quote: Seit den 80er Jahren wird sie als politisches Instrument diskutiert und genutzt. Bündnis 90/Die Grünen sind das beste Beispiel für die Wirksamkeit der Quote: Keine andere Partei hat so viele Frauen in der ersten Reihe. Dabei ist die Quote auch bei den Grünen ein Diskussionsthema; gerade auf Kreis- und Bezirksebene erscheint sie manchmal eher blockierend als sinnstiftend. Vielleicht wäre es auf Grünenseite gut, sich einmal zu vergegenwärtigen: Warum ist die Quote cool? Was hat sie uns in den vergangenen Jahrzehnten gebracht? Was haben wir durch die Quote erreicht, das der politischen Konkurrenz immer noch fehlt?

Die Ausgestaltung von Quotenregelungen zeigt, dass sie als Instrument nur so gut ist, wie die konkrete Regelung, durch die sie umgesetzt ist: Vor allem die Quotierung der ungeraden Plätze bringt Frauen nach vorne. Eine prozentuale Quotierung ohne weitere Ausdifferenzierung dagegen zementiert oft genug den Stellvertretercharakter weiblicher Führungspräsenz: Siehe andere Parteien, siehe die Gewerkschaften: Keine Vorsitzende in Sicht! Deshalb gehört unser Frauenstatut zu den Strukturen, die wir bewahren und mit neuem Leben füllen sollten.

**Frauenpolitik und Familienpolitik**  
Familienpolitik war als Themenfeld für die (Grüne) Frauenpolitik oft umstritten. Die traditionelle Rollenzuschreibung von Frauen als (Allein-)Zuständige für die Familie machte eine Abgrenzung politisch bedeutsam und sinnvoll. Dennoch sehen wir, dass nach wie vor überwiegend Frauen Familien organisieren. Die Arbeit im Haus und mit den Kindern ist trotz aller Forderungen an Männer, ihren gerechten Anteil zu übernehmen, weitgehend Frauensache geblieben. Aus diesem Grund sehen wir in Familienpolitik – im Rahmen der Frauenpolitik! – ein wichtiges Thema, verknüpft mit der geschlechterpolitischen Forderung, dass Männer mehr Familienarbeit übernehmen. In einem Diskussionspapier für den Landesverband haben die Landesvorsitzende Bettina Jarasch und das Landesvorstandsmitglied Karoline Killat das Spannungsfeld Familien- und Frauenpolitik analysiert. Wir planen, die Ambivalenzen eines modernen Frauen- und Familienlebens als ein wichtiges Thema in der kommenden Zeit aufzugreifen. Welche impliziten Rollenbilder haben wir eigentlich selbst? Werden wir mit unserer Politik der Vielzahl weiblicher Lebensentwürfe gerecht?

### Feminismus 2.0: Neue Bündnisse

Ein großer Erfolg in jüngster Zeit war der von uns initiierte offene Brief „Kristina Schröder? Nicht meine Ministerin!“, der innerhalb weniger Wochen über 24.000 Unterschriften online zusammenbrachte. Wir konnten über Nacht prominente Grüne und überparteiliche BündnispartnerInnen wie Terre des Femmes, Mädchenmannschaft e.V. und den Kegelklub (geschlechterpoli-

tische Plattform der Piratenpartei) für unsere Idee gewinnen und innerhalb kürzester Zeit eine eigene Seite online stellen. Der „Feminismus 2.0“ findet in Deutschland derzeit ohne größere Beteiligung oder Einmischung der etablierten Parteien statt – und die Piratenpartei, als eine selbsternannte Repräsentantin der Generation Web 2.0 wähnt sich bereits in einer glücklichen Postgender-Zukunft. Ein wichtiger Beitrag zur Debatte um einen zeitgemäßen Feminismus wird in sozialen Netzwerken geführt. Die große Chance der Vernetzung z. B. mit feministischen Bloggerinnen, die demokratischen Mitmacheffekte des Internet und die schnelle Kampagnenorganisation müssen von moderner feministischer Politik aufgegriffen und genutzt werden. Auch in diese Richtung wollen wir weiter arbeiten und mehr Öffentlichkeit und feministische Onlinepräsenz schaffen.

### Debattenprozess

Der Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen Berlin hat sich gemeinsam mit der LAG Frauen- und Geschlechterpolitik zum Ziel gesetzt, Genderpolitik und Frauenpolitik stärker in die Breite der Partei zu tragen. Wir werden uns daher mit eigenen Veranstaltungen am Debattenprozess des Landesverbandes beteiligen.

Auf der letzten Frauenvollversammlung wurde der Antrag „Zwischen Frauen-, Gender- und Queerer Politik: Wohin des Weges?“ mit großer Mehrheit beschlossen. Ein Thema, das die Frauen- und Geschlechterpolitik im kommenden Jahr prägen soll, ist die kritische Analyse unseres Arbeitsbegriffs. Was verstehen wir unter notwendiger und bezahlter Arbeit?



Zeichnung: Freimut Woessner

Wie viel Arbeit ist für die Einzelnen notwendig und wünschenswert? Welche gesellschaftlichen Utopien radikaler Umverteilung von Arbeit gibt es und welche können wir geschlechterpolitisch nutzbar machen? Mit diesem Thema werden wir uns im Debattenfeld „Green New Deal“ einbringen. Auch das Thema „Soziale Stadt im Klimawandel“ schließt an Diskussionen in der Genderpolitik an. Welche geschlechtsspezifischen Aspekte haben Gentrifizierungsprozesse? Wie kann eine grüne und geschlechtergerechte Stadt der Zukunft aussehen?

### Gender geht uns alle an!

Geschlechterpolitik ist ein Thema für alle. Es geht um ein besseres Leben für alle und um zentrale Fragen der Lebensgestaltung: Wie wollen wir alle in Zukunft leben und arbeiten? Wie wollen wir Zeit, Einkommen, Chancen, Aufgaben verteilen? Wir laden alle InteressentInnen herzlich ein, sich in diesen Prozess einzubringen.

*Dr. Audrey Podann, Referentin für Frauen- und Geschlechterpolitik in der Landesgeschäftsstelle*

➔ zum Mitreden und Lesen

Die LAG Frauen- und Geschlechterpolitik trifft sich an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen Berlin, Kommandantenstraße 80, 10117 Berlin

[www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de)... familienpolitisches Diskussionspapier unter Partei > Landesarbeitsgemeinschaften > LAG Frauen- und Geschlechterpolitik > Familienpolitik

Antrag „Zwischen Frauen-, Gender- und Queerer Politik: Wohin des Weges?“ suchen unter: [antrag\\_frauen-vv\\_2012\\_genderpolitik.pdf](http://antrag_frauen-vv_2012_genderpolitik.pdf) <http://nichtmeineministerin.de> „Kristina Schröder? Nicht meine Ministerin!“ – offener Brief

[www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)  
Hier könnt ihr den aktuellen Gender Datenreport Berlin 2011 herunterladen bzw. lesen. \_34,9% der Berliner Abgeordneten sind Frauen, bei den Grünen 44,8% und in der CDU 15,4%. \_Im Alter zwischen 35-55 Jahren erhalten 46 %

der Männer, aber nur 36 % der Frauen ein Nettoeinkommen von über 1500 €. Die Erwerbsquote liegt bei Männern bei 79 % und bei Frauen bei 72 %. Der Anteil von Teilzeitbeschäftigungen liegt bei Männern bei 13 %, bei Frauen bei 31 %.



Bild: Steffen Selicko

Ein edler Parkettfußboden im Kreisbüro, in dem gerade unsere Landesvorsitze, Bettina Jarasch zu Gast ist, um über Basisbeteiligung zu sprechen. „Willkommen bei den Grünen!“ ertönt es freundlichst aus dem Munde der neuen Kreisvorsitzenden, Annika Schmidt. „...in Steglitz-Zehlendorf“ mag sich manch einer da denken. Doch hinter der bürgerlichen Fassade zeigt sich schnell Ur-Grünes – und ich spreche jetzt nicht vom WG-gleichen Zustand des Raumes: Regal und Couch haben offensichtlich schon viel ertragen. Am Kühlschrank kleben die Wahlkampfknüller aus Zeiten, als die Slogans noch einäugig frech waren („love and peace statt law and order“) und die Kühlschrankherstellung noch dringend politischer Anleitung bedurfte. Und an der Wand hängt die Geschichte der eigenen Zeitungstitelblätter seit Parteigründung. Hier kann man verfolgen, wie die Kampagnen professioneller wurden, und hier kann man ablesen, wie sehr die Grünen vor Ort noch ihren Wurzeln verhaftet sind.

Einer, der damals schon engagiert war, Uwe Köhne, ist heute BVV-Fraktionsvorsitzender. Der Immer-Radfahrer, der im Wahlkampf mit Tandem und Grüner Fahne radelt, schafft es, den ganzen Abend immer wieder auf ‚sein‘ Thema ‚Fahrrad‘ zu kommen; als Fraktionsvorsitzender aber, weiß Uwe, sei er mehr eine „eierlegende Wollmilchsau“: Leider müsse er viel mehr machen, als sich nur ums Thema ‚Fahrrad‘ zu kümmern, und so besucht er auch regelmäßig den Steglitz-Zehlendorfer Unternehmerstammtisch. Hätte Uwe sich, als er in die Partei eintrat, vorstellen können, dass er einmal in der BVV gegen seine Frau, die SPDlerin, mit der CDU streiten würde? Er lacht. „Ganz bestimmt nicht!“ Haben sich die Grünen denn so verändert? „Das wäre ja schrecklich, in 30 Jahren nichts dazugelernt zu haben.“ Aber die CDU habe das eben auch. Die SüdwestlerInnen sind stolz, dass bei ihnen die Offenheit herrscht, von anderen nicht immer das Schlimmste anzunehmen, sondern ihnen zuzuhören.

### Steglitz-Zehlendorf kann mehr als reich und schön sein

Das Kreisbüro liegt an einer Autobahnauffahrt, die hohen Hauszeilen dicht an einer der meistbefahrenen und damit lärm- wie abgasreichsten Straßen Berlins: der Schildhornstraße.

Während der Sitzung wird es richtig warm im Raum, aber die Tür kann man nicht öffnen, will man die RednerInnen noch verstehen. Wer erst nach dem anschließenden Stammtisch nach Hause fährt, durchquert die kühle Ruhe eines grünen Außenbezirks an hochgeklappten Bürgersteigen und darf sich, sobald er die Grenze von Steglitz nach Zehlendorf überschreitet, nicht wundern, Fuchs oder Wildschwein zu begegnen.

Fragt man den Kreisvorsitzenden, Norbert Schellberg, nach den Besonderheiten des Bezirks, erhält man eine überraschende Antwort. Kein Schwärmen für das Grün, das Kulturleben oder die Sauberkeit. Es ist die „Vielfalt im Bezirk“. Wer jetzt eindimensional denkt, mag irritiert sein; wer aber das politische Ganze im Blick hat, dem erschließt sich diese Perspektive: Vom extrem dicht besiedelten Steglitz-Nord bis zum ausgedünnten Wannsee, von den Arbeiterkiezen in Lankwitz bis zu den großbürgerlichen Gegenden im Westen erstreckt sich ein stark heterogener Bezirk, in dem es Kieze wie die Thermometersiedlung gibt, in denen es, so Norbert, Probleme von sozialer Ausgrenzung gebe wie in den Problemkiezen anderer Bezirke. Das Stereotyp vom reichen Südwesten verstelle leider allzu oft die Sicht. Eine, die sich diesem Kiez rund um die Thermometersiedlung

schon lange verschrieben hat, ist die neue Grüne Stadträtin, Christa Markl-Vieto. Jetzt hat sie die Chance, hier einiges zu bewegen. Innovationen im Jugendbereich und soziale Gerechtigkeit mit Schwerpunkt auf MigrantInnen sind inhaltliche Schwerpunkte in diesem Jahr.

### Kaum einem Bezirk eilt der Ruf des Bildungsbürgerlichen so voraus wie Steglitz-Zehlendorf – viel Potential für Grüne UND die CDU

Am Ende der Sitzung mit Bettina überreicht ihr Annika als Dank eine Flasche Wein. „Schön, dass es hier noch bürgerliche Umgangsformen gibt,“ muss natürlich Bettinas charmanter Kommentator sein. Das kennt man hier schon, dass kein Grüner von außerhalb, kein Journalist ohne den Hinweis auf das auch so Bürgerliche in Steglitz-Zehlendorf auskommt – mal stichelnd, mal anerkennend. Irgendwie macht es offenbar immer noch für alle einen gewissen Reiz aus, die Grünen mal woanders als im Kreuzberg-Image zu verorten.

Dann schwebt natürlich auch immer die Frage nach Schwarz-Grün mit im Raum. Die Zukunft der Grünen sehen die SüdwestlerInnen in „selbstbewusster Eigenständigkeit“. Die habe sich nach der offensichtlich von den BürgerInnen goutierten Schwarz-Grünen Legislatur bei der letzten Bezirkswahl 2011 bewährt, zu der das Programm nach vorne gestellt und keine Farbkonstellation ausgeschlossen wurde: CDU wie Grüne haben hier überdurchschnittlich viel dazugewonnen. Das zeige, so Norbert, der Realo, dass beide Parteien von solch einer Verbindung profitieren könnten. Man lerne: „Jede Regierung mit Grüner Beteiligung ist besser als jede Regierung

ohne Grüne Beteiligung.“ Gilt das auch für den Bund? Wenn es für Rot-Grün 2013 am Ende nicht reiche, liege es selbstverständlich auch an den Grünen, ob sie die SPD in die Arme einer großen Koalition treibe.

Warum wurde Schwarz-Grün trotz aller Prophezeiungen so honoriert? Das liege natürlich auch daran, dass sich die Partner nicht über den Tisch zögen und an Verabredetes verlässlich hielten, sind hier fast alle überzeugt. Man kann viel schaffen, weil man nicht immer wieder alles in Frage stellt. Und dass es mit der CDU so gut funktioniere, so Norbert, liege am durchaus ähnlichen sozial-kulturellen Hintergrund von CDUlern und Grünen.

### Schwarz mit und gegen Grün. Ehren oder verachten?

Vereinbart ist auch, dass die Grünen für die Umbenennung der Treitschkestraße öffentlich mobilisieren, die CDU dagegen. Auf Heinrich von Treitschke, bis 1884 Mitglied des Reichstags, geht der Satz zurück „Die Juden sind unser Unglück.“ Die CDU betont die Verdienste dieses anfangs noch liberalen Mannes. Das entsetzt jede Grüne Seele und so ist es kein Wunder, dass der Streit um den Straßennamen schon 2006 bei Schwarz-Grün eine große Rolle spielte. Weil die CDU mit der FDP ohnehin jeden Grünen Antrag zur Umbenennung niedergestimmt hätte, einigte man sich darauf, das Thema zu umgehen und bekam dafür zahlreiche andere Kulturprojekte.

Inzwischen ist ein Vertrauensverhältnis zur CDU entstanden. Jetzt ist mehr drin: Wenn die BürgerInnen, so hat man sich geeinigt, die Umbenennung wollen, wird umbenannt, wenn nicht, dann nicht. Benedikt Lux, MdB, will daher wieder Wohnungstürwahl-

kampf machen, um jede BürgerIn zu überzeugen. Weil sich CDU und Grüne vertrauen, sei dieses Gegeneinander kein Problem, sondern ein Paradebeispiel gelebter Demokratie und Bürgerbeteiligung, meint Uwe.

### Im Südwesten ist für jeden was dabei

Doch nicht nur in Bezug auf ihre Arbeit nach außen können die Grünen in Steglitz-Zehlendorf auf Erfolge blicken. Nicht vergessen darf man im Südwesten die eigene Grüne Jugend: sie ist die größte in ganz Berlin. Ihr Tatendrang reicht von den gar wöchentlichen Sitzungen über die Pflege einer begrüneten Baumscheibe bis hin zum Verteilen eigener Themen-Flyer. Bei den Alt-Grünen im Südwesten wurden in den letzten zwei Jahren sieben Arbeits- und drei Grüne Nachbarschaftsgruppen aufgebaut. Dadurch hat sich die Aktivenquote deutlich erhöht. Für jede und jeden ist nun etwas dabei, stellt auch Bettina beeindruckt fest. Und mit mehr Aktiven sind wiederum die BürgerInnen besser erreichbar, die das auch honorieren.

Vom im Keller versteckten Kreisbüro zu einem, das sich die in der Mitte der Gesellschaft angekommenen Grünen leisten können, war es ein langer Weg. Der Umzug in die ehemalige SPD-Präsenz bedeutete mehr Öffnung hin zu den BürgerInnen. Leiden tut darunter wohl nur, aber doch sichtlich, der Parkettfußboden.

Jessica Mroß, Redaktion, Mitglied des Kreisvorstandes Tempelhof-Schöneberg

### ➔ vor Ort

**Kreisbüro** Schildhornstraße 91, 12163 Berlin, Öffnungszeiten: Di-Fr 15-18 Uhr  
**Kreismitgliederversammlungen** finden jeweils am 2. und 4. Dienstag im Monat ab 19.30 Uhr im Kreisbüro statt

**Arbeitsgruppen** im Kreisverband: AG Soziales, AG Schule, AG Wirtschaft, AG Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, AG Integration und Partizipation, AG Kultur; AG Öffentlichkeitsarbeit; Nachbarschaftstreffen: 3 Seen (Wannsee, Nikolassee, Schlachtenee), Lichterfelde-Ost, Lankwitz

### ➔ Auf in den Südwesten! Hier kann sich jeder SPIELEN einbringen.

Kein Witz: In diesem Kreisverband setzt man manches aufs Spiel: Es gibt regelmäßig einen Spieleabend zum Kennenlernen, ein lockeres Angebot für Mitglieder und BürgerInnen. Und genau darauf kommt es den Kreisvorsitzenden Annika Schmidt und Norbert Schellberg an.

Lust auf Grünestes Grün bekommen? Dann geht einfach zu einer der zahlreichen Veranstaltungen! Termine und Aktuelles findet Ihr unter <http://www.gruene-suedwest.de>.



**Konsens: Kultur ist sinnstiftend, ausgleichend, innovativ... Ohne Kultur fehlen Kitt und Humus in unserer Gesellschaft. Aber was unterscheidet unseren Grünen Ansatz von dem anderer Parteien? Wie soll unser Garten aussehen? Wie übertragen wir unsere Wertvorstellungen auf Grüne Kulturpolitik? Und könnte man das auf eine handvoll Aussagen alltagstauglich herunterbrechen? Funktioniert ein Grüner Kulturfahrplan, publiziert als ‚Waschzettel‘?**

Darüber diskutieren wir zur Zeit in unserer LAG Kultur. Zu einem allseits abgestimmten Ergebnis konnten wir uns noch nicht durchringen, aber viele Gedanken und Ansätze kursieren. Und sie sind aus meiner Sicht wert, schon jetzt in unsere große Debatte eingebracht zu werden, bei der es eben nicht nur um das WAS geht (den Klimawandel, das Solidarische und den Green New Deal), sondern auch um das große WIE. Wie kommen wir zu unseren Zielen? Wie packen wir alles an – als Gesellschaft und als Partei? Ich denke, ohne Kultur- und Wertedebatten geht es kaum. Und da ich nicht bis zum Herbst auf ein Positionspapier warten möchte, werfe ich meine persönliche Sammlung von Überlegungen in die Runde, inspiriert durch intensive (gesellige) Abende mit meiner wunderbaren LAG. Die Reihenfolge entspricht nicht zwingend einer Rangfolge. Nichts ist feingeschliffen. Alles kann diskutiert werden. Ich/Wir freuen uns über Feedback.



## Was ist Kultur

**1 humanistisch** = Wertschätzung jedes Einzelnen + Engagement für die Gesellschaft. Wichtig sind dabei die Prinzipien der **Toleranz**, der **Gewissens-** und **Gewaltfreiheit** sowie die Vorstellung, dass in jedem von uns ein reiches Potential an Schöpferkraft steckt, das genutzt werden will und kann. Böll und Beuys als Sinnstifter.

**2 nachhaltig** = ein System so nutzen, dass seine wesentlichen Eigenschaften erhalten bleiben und sein Bestand auf natürliche Weise regeneriert werden kann (frei nach wikipedia). Was bedeutet das für unsere Vorstellung von Kultur oder sogar deren Umsetzung in den Kulturbetrieb?

Z. B. Investitionen, monetäre und geistige, in Kultur und Bildung so anlegen, dass heutige und künftige Generationen befähigt werden, wichtige **Kulturtechniken** bewusst zu nutzen und sinnvoll im Alltag zu integrieren. Dazu gehören Fähigkeiten wie Wahrnehmen, Erkennen, Analysieren, Hinterfragen sowie Lösungen finden mit Hilfe von verschiedenen Ausdrucksmöglichkeiten wie Sprache, Bewegung, Musik, Bild. In modernen Wirtschaftsunternehmen ist die Nutzung dieser Potenziale längst Handlungsbasis. Nur mit Hilfe kreativer und sensibler Fähigkeiten und Techniken erhalten und bilden sich genug **Know-how** und **Empathie**, um Wissen zu bewahren und fortzuschreiben – mit Verstand und mit Herz. Das bedeutet: **weg von passiven KonsumentInnen hin zu wissenden, leidenschaftlichen AkteurInnen.**

Das seit dem 17. Jh. bezeugte, aus lat. »cultura« für »Landbau; Pflege (des Körpers und Geistes)« entlehnte Substantiv wurde von Anfang an im Sinne von »Felderbau, Bodenbewirtschaftung« einerseits (beachte z. B. die verdeutlichende

**3 vermittelnd** = bewirken, transportieren, weiterführen, einigen, versöhnen, zeigen... Was kann das meinen? Ungewohnte Themen aufgreifen + Menschen zusammenführen. Themen, die in der Alltagsroutine nicht gehört werden, Menschen denen man sonst nicht begegnet wäre. Wir leben zu oft in Parallelgesellschaften: in etablierten Freundeskreisen, in Branchen, Vereinen oder Kiezen. Wir bevorzugen Menschen derselben Kultur oder Glaubensrichtung, die unsere Überzeugungen bestätigen oder sich wenigstens im vergleichbaren Lebensabschnitt befinden. Das stabilisiert uns und verengt zugleich den Blick. Wie können wir das durchlässiger, spannender und fruchtbarer machen? **Grüne Kultur(politik) unterstützt Projekte, die breitenwirksam und direkt Schichten, Generationen und Kulturen (selbstverständlich auch Minderheiten und Menschen mit Migrationshintergrund) zusammenbringen.** Dieses lebensbejahende Herangehen war einer der Schlüssel zum Erfolg der 68er.

**4 vielfältig** = Vielfalt der Lebensweisen + „Artenvielfalt“ + Förderalismus... (auch wenn letzterer einige Herausforderungen mit sich bringt) = „Genpool“ für Erneuerung. Vielfalt hilft, Prozesse, Menschen, Dinge – also Kulturen – aus verschiedenen Blickwinkeln erlebbar zu machen und diese Impulse als Katalysatoren für zukunftsweisende Entwicklung zu nutzen. Blockbuster-Monokulturen führen langfristig zu Phlegma und Verödung. **Grüne Projekte bringen originäre, belebende Aspekte in unsere Kulturlandschaft ein.**

Zusammensetzung »Bodenkultur«) und »Pflege der geistigen Güter« andererseits (beachte die Zusammensetzung »Geisteskultur«) verwendet. *Duden, etymol.*

**5 innovativ** = neuartig + schöpferisch. Was wir brauchen, ist **lösungsorientiertes Handeln** statt destruktiven ‚Jammerns‘ auf medial oder künstlerisch hohem Niveau – salopp gesprochen. Grüne Projekte sind Pulsmesser für gesellschaftliche Entwicklungen, die sich nicht nur vermeintlich wichtigen, weil neuen, Themen widmen, sondern **konstruktive Lebens- und Arbeitsmodelle** oder Methoden ausprobieren und diese verbreiten helfen.

**6 hochwertig** = Klasse statt Masse. Parallel zu breitenwirksamen Aktivitäten brauchen „Hochkulturprojekte“ sicher auch weiterhin institutionelle Förderung – nicht nur, um überregionale und zeitlose Ausstrahlung innerhalb und außerhalb Deutschlands zu erzielen. Sie dienen als **Leuchtturmprojekte, als Vorbilder** und übernehmen auf wirtschaftlich abgesicherter Basis (**Grundlagen-)Forschungs- und Entwicklungsaufgaben.** Und sie fungieren als Botschafter auf internationaler Ebene. Allerdings müssten sie sich in Abständen den gleichen Evaluierungen unterziehen wie Projektträger der freien Szene. Es wird immer schwierig bleiben abzuwägen, wieviel Hochkultur eine Kommune im Verhältnis zu Angeboten, die für kulturelle Bildung in der Breite stehen, finanziell tragen kann und sollte (siehe Verteilungsgerechtigkeit).

**Kontakt per Mail:**  
[lag-kultur.debatte@gruene-berlin.de](mailto:lag-kultur.debatte@gruene-berlin.de)

## Was ist Kunst

**7 regional bezogen** = global denken + regional handeln. Alle Theorie und alle Kunst sind grau, wenn sie keine konkreten Bezüge aufweisen. Spreewälder Gurke toppt Euronorm. Naja, fast immer. Aber grundsätzlich wollen Menschen vor Ort einen konkreten Raum finden und diesen nachvollziehbar mitgestalten. Sie wollen die großen globalen Ideen erden, praktisch hinterfragen, um dann persönliche Mosaiksteine in das große Ganze einzufügen. Dabei kommt der **Neubewertung und Erweiterung des Begriffes „Heimat“** sicher eine große Bedeutung zu.

**8 gerecht verteilt** = angemessen, unvoreingenommen, begründet. Kultur soll erreichbar sein **für alle Bevölkerungsschichten und Produktionsgelder sollen in Zukunft transparent und begründet vergeben werden.** Sicher wird nie jede BürgerIn, jede/r Kulturinteressierte alles brauchen, wollen oder bekommen können. Aber in der Summe müssen die vorhandenen Ressourcen so breitenwirksam eingesetzt werden, dass möglichst alle Menschen Betätigungsfelder, Anregungen, aber auch Nischen finden können – egal ob arm oder wohlhabend, in der Großstadt oder im ländlichen Raum lebend, egal aus welcher Kultur kommend. Dazu müssen Gelder und Förderinstrumente nicht nur transparent und demokratisch vergeben werden, sondern auch unbürokratisch. Die freie Szene und kommunale KulturanbieterInnen als wichtige AkteurInnen im regionalen und mittelständischen Kontext dürfen nicht benachteiligt werden. Allerdings muss die Abgrenzung zu Hobby und Laienarbeit greifen (Abs. 10).

»Kunst« kommt von »können« und zielte im Ahd./Mhd. auf das Wissen im Können. Man beachte »die sieben freien Künste«. Später wurde das Wort auch im Sinne von »(durch Übung erworbenes) Können, Geschicklichkeit, Fertigkeit« verwendet, man beachte z. B. die Zusammensetzungen »Fechtkunst, Kochkunst,

**9 ökologisch** = umweltverträglich. Was auf dem Feld und im Supermarkt bereits goutiert wird, könnte auch deutlich mehr im Bereich Kulturproduktion gelten: Projekte, die in vertretbarem Rahmen Grüne Möglichkeiten ausschöpfen, müssten bevorzugt werden. Das reicht von der Wahl der Stromanbieter, der Erzeugung digitaler „Energien“ über Materialverbrauch bis hin zu intelligenten Produktionslösungen. Modellprojekte in dieser Richtung laufen bereits.

**10 sozial und fair** = gesellschaftlich + anständig. Wer möchte sie nicht, die familienauglichen Arbeitsbedingungen mit ordentlichen Löhnen und lebhaften Honoraren? Was in anderen Branchen auch mit Hilfe von Gewerkschaften und starken Verbänden zumindest ansatzweise möglich erscheint, liegt für ein Heer von Kulturschaffenden in weiter Ferne. **Grüne Politik müsste darauf drängen, dass professionelle Kulturarbeit nach Qualifikation und Leistung adäquat bezahlt wird,** vergleichbar mit anderen Berufsgruppen – mindestens wenn öffentliche Gelder im Spiel sind. Darf laut Wettbewerbsrecht ein Produkt unter seinen Herstellungskosten am Markt angeboten werden? (Juristischer Rat ist hier gefragt.) Wenn nicht, dann darf das auch nicht im Kulturbetrieb praktiziert werden – der in Berlin einen beträchtlichen Wirtschaftsfaktor darstellt.

*Uta Belkuis, Redaktion, LAG Kultur, LAG Medien*

Staatskunst, Verführungskunst«. Seit dem 18. Jh. bezieht sich »Kunst« speziell auf die künstlerische Betätigung des Menschen und auf die Schöpfung des Menschengenies in Malerei, Bildhauerei, Dichtung und Musik.«

*Jessica Mroß*

Im November 2011 kamen die ersten Informationen über das rechtsextremistische Terror-Trio aus Zwickau ans Licht, das zwischen September 2000 und April 2011 systematisch neun Geschäftsleute mit Migrationshintergrund und eine Polizistin hingerichtet hatte. Das Entsetzen war groß. Man hatte ja schon immer befürchtet, dass sich aus der Neonazi-Szene heraus eines Tages eine terroristische Gruppe bilden könnte. Doch die meisten Fragen von November sind auch heute noch nicht beantwortet.

Wieso hat niemand zutreffend analysiert, dass hypothetisch auch organisierte Rechtsextremisten hinter den Taten stehen könnten? Warum gab es nur die Alternativen „Organisations-theorie“ (im Bereich organisierte Kriminalität) und „Einzeltätertheorie“ (als sogenannter „Türkenhasser“ möglicherweise aus der rechten Szene). Warum suchte man den Einzeltäter noch, nachdem man nach präzisen Zeugenaussagen wusste, dass wenigstens zwei Täter am Werke sind? Wie konnten die Täter, immerhin polizeibekanntes notorisches Neo-Nazis, quasi vor den Augen von Polizei und Verfassungsschutz im Untergrund verschwinden? Warum wurde extensiv und mit ungeheurem Aufwand der These von den Mafia-Morden nachgegangen und nur völlig unzulänglich –

beschränkt auf den Nürnberger Südosten – nach rechts geschaut? Und was wusste man eigentlich in der Nazi-Szene über die Morde und die Mörder?

Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen, gibt es seit Ende Januar einen Untersuchungsausschuss im Bundestag. Gemeinsam mit Hans-Christian Ströbele versuchen wir dort Licht ins braune Dunkel zu bringen.

Neben unserem Ausschuss bemühen sich noch diverse Kommissionen und Untersuchungsausschüsse in Sachsen, Thüringen und demnächst auch in Bayern um politische Aufklärung. Natürlich ermittelt auch der Generalbundesanwalt, aber sein Ziel ist die Identifikation der (Mit-)Verantwortlichen, der Nachweis ihrer Taten und ihre Verurteilung.

Die Zusammenarbeit im Ausschuss ist bisher gut und auch zwischen den Ausschüssen und Kommissionen sollen Informationen ausgetauscht werden. Das ist auch notwendig, denn die Aktenflut ist immens. Im Ausschuss des Bundestages haben wir die Arbeit in vier Phasen unterteilt: Als erstes befassen wir uns mit der Mordserie als solcher. Untersuchungsausschüsse sind organisiert wie Strafverfahren, das heißt, wir studieren erst die Akten. Anschließend erfolgt die Anhörung der Zeugen.

Der Film „Die Kriegerin“ – Regisseur und Drehbuchautor David Wnendt hat jahrelang in der Neonaziszene recherchiert. Er erzählt mit seinem Film die beklemmende Geschichte einer jungen rechtsradikalen Frau. (FSK: 12)  
Preisträger Deutscher Filmpreis 2012:  
Bester Film in Bronze, Bestes Drehbuch, Beste weibliche Hauptrolle (Alina Levshin)

## Überschaubare und frustrierende Erkenntnisse

Nachdem der erste Verdacht, dass es sich um Rachemorde im kriminellen Milieu handelte, also um Auswüchse des organisierten Verbrechens, sich in keinem Fall wirklich erhärten ließ, hatten bayerische Profiler durchaus die These, dass es sich auch um einen rechtsextremistischen Täter handeln könnte, der aus Hass tötete. Die anderen Bundesländer und auch das BKA hielten dagegen, so dass ein weiteres Profil angefertigt wurde, das die These der organisierten Kriminalität wiederum belegte.

Schließlich wurde von höchster Stelle, durch die Innenminister-Konferenz, verhindert, dass sich an dem Kompetenzgerangel von 5 Staatsanwaltschaften und 6 Polizeibehörden etwas änderte. Zentralisierung beim Generalbundesanwalt und beim BKA wäre längst geboten gewesen. Die Diskussion um eine mögliche Übernahme der Ermittlungen durch BKA und Bundesanwaltschaft liest sich wie ein Lehrbuch zum Thema „Mir san mir – und meins ist meins!“ Viele Köche haben hier buchstäblich den Brei verdorben.

Wir werden insbesondere bei den Ereignissen im Lande Thüringen noch auf viele solcher Fehler stoßen, auch auf Punkte, an denen die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutzbehörden nicht nur nicht geklappt hat, sondern wo sie sogar bewusst gegeneinander gearbeitet haben.

## Erste Schritte zu gesetzgeberischen Änderungen

Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass nach Abschluss der Ausschussarbeit im Sommer 2013 erheblicher gesetzgeberischer Änderungsbedarf besteht. Mit dem Entwurf einer neuen Datei gegen Neo-Nazis und dem gemeinsamen „Abwehrzentrum Rechtsextremismus“ sind ja auch schon erste Schritte getan. Aber auch hier ist bürgerrechtliche Wachsamkeit nötig: Wir müssen dafür sorgen, dass auch die Bekämpfung von Neo-Nazis streng rechtsstaatlich bleibt; auch dieser Zweck heiligt nicht alle Mittel.

Ein fatales Defizit, das dringend behoben werden muss, liegt in der Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts. Unzählige mutige Bürgerinnen und Bürger stellen sich Neo-Nazis entgegen, beobachten die Szene und haben einen Wissensschatz angehäuft, der von Verfassungsschutz und Polizei leider allzu oft nicht genutzt wird. Nicht wenige dieser Initiativen gelten den Behörden sogar selbst als verdächtig. Hier muss ein Umdenken stattfinden, denn diese zivilgesellschaftlichen Erkenntnisse können viel dazu beitragen, die Schwäche mancher Behörden auf dem rechten Auge zu korrigieren.

**Mehr zu sehen wird auch unser Ziel im Ausschuss bleiben. Bisher wollen das alle Beteiligten – und wir Bündnisgrüne werden für wirkliche Aufklärung kämpfen.**

Wolfgang Wieland, MdB,  
Sprecher für Innere Sicherheit

### Enver Şimşek

Inhaber eines Blumenhandels in Schlüchtern, wurde am 9. September 2000 am Rande einer Ausfallstraße im Osten Nürnbergs, wo er seinen mobilen Blumenstand in einer Parkbucht aufgebaut hatte, mit acht Schüssen aus zwei Pistolen angeschossen. Er starb zwei Tage später im Krankenhaus.

### Abdurrahim Özüdoğru

wurde am 13. Juni 2001 in einer Änderungsschneiderei in der Nürnberger Südstadt mit zwei Kopfschüssen getötet. Er war 49 Jahre alt, arbeitete als Schichtarbeiter bei Siemens und half nebenberuflich in dem Ladengeschäft aus.

### Süleyman Taşköprü

Obst- und Gemüsehändler, wurde am 27. Juni 2001 in Hamburg-Bahrenfeld im Laden seines Vaters mit drei Schüssen ermordet. Er wurde 31 Jahre alt, stammte aus Afyonkarahisar und hatte eine dreijährige Tochter.

### Habil Kılıç

Inhaber eines Obst- und Gemüsehandels, 38 Jahre alt, wurde am 29. August 2001 in München-Ramersdorf in seinem Geschäft erschossen.

### Mehmet Turgut

wurde am 25. Februar 2004 an einem Döner-Imbiss im Rostocker Ortsteil Toitenwinkel mit drei Kopfschüssen ermordet. Turgut war 25 Jahre alt, kam aus der Türkei und war zu Besuch bei einem Freund in Rostock. Für diesen hatte er spontan übernommen, den Imbiss am Vormittag zu öffnen.

### İsmail Yaşar

Inhaber eines Döner-Kebap-Imbisses, wurde am 5. Juni 2005 in seinem Geschäft in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet. Er war 50 Jahre alt und stammte aus Suruç.

### Theodoros Boulgarides

Mitinhhaber eines Schlüsseldienstes, wurde am 15. Juni 2005 in seinem Geschäft in München-Westend erschossen. Er war Grieche, 41 Jahre alt und hinterließ eine Frau und zwei Töchter. Das Geschäft hatte er am 1. Juni 2005 eröffnet. Zuvor war er als Fahrkartenkontrolleur beschäftigt.

### Mehmet Kubaşık

Besitzer eines Kiosks, wurde am 4. April 2006 in seinem Geschäft in der Dortmunder Nordstadt ermordet. Der Stadtteil galt 2006 als eine Neonazi-Hochburg. Kubaşık war 39 Jahre alt, Deutscher türkischer Herkunft und dreifacher Familienvater.

### Halit Yozgat

Betreiber eines Internetcafés, wurde am 6. April 2006 in Kassel durch zwei Kopfschüsse getötet. Er war 21 Jahre alt und Deutscher türkischer Abstammung. Das Café hatte er erst kurze Zeit zuvor mit von seinem Vater geliehenem Geld eröffnet. Zudem besuchte er eine Abend-schule, um sein Abitur nachzumachen.

### Michèle Kiesewetter

Polizistin, wurde am 25. April 2007 in Heilbronn getötet.

Außerdem ist die NSU verantwortlich für den versuchten Mord an ihrem Kollegen.

Foto: Alexander Janetzko, Quelle: Ascot Elite Filmverleih GmbH



## ➤ Untersuchungsausschuss

Folgende Zeugen und Sachverständige wurden bisher gehört:

**8. März:** Barbara John (Ombudsfrau Opfer/Opferangehörigen), Martina Linke (Weißer Ring), Christina Büttner (MA mobile Opferberatungsstelle "Ezra") **22. März:** Prof. Dr. Richard Stöss (FU Berlin), Prof. Dr. Klaus Schroeder (FU Berlin), Journalistin Andrea Röpke **29. März:** Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange (Uni Witten/Herdecke), Prof.

Dr. Heinrich Amadeus Wolff (Europa-Universität Viadrina), Prof. Dr. Christoph Gusy (Uni Bielefeld) **26. April:** Ltd. Kriminaldir. Wolfgang Geier (Leiter BAO Bosphorus), Kriminaloberst a. D. Klaus Mähler (stellv. Leiter BAO Bosphorus), Erster Kriminalhauptkommissar Albert Vögeler (Leiter Ermittlungsgruppe "Schneider" Sachbe-

arb. BAO Bosphorus) **10. Mai:** Ltd. Oberstaatsanwalt Dr. Walter Kimmel (Leiter Ermittlungen Nürnberg u. München), zeitgleich: Erster Kriminalhauptkommissar Alexander Horn (Fallanalyse BAO Bosphorus) u. Kriminalhauptkommissar Udo Haßmann (LKA Baden-Württemberg, Fallanalytiker), Kriminalhauptkommissar Manfred Pfister

(BAO Bosphorus) **11. Mai:** Kriminaldirektor Christian Hoppe (BKA, Ermittlungsgruppe Ceska) **24. Mai:** Ltd. Regierungsdirektor Edgar H. (Leiter Abtlg. Rechtsextremismus, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz), Kriminaldirektor Lothar Köhler (Bayerisches Staatsministerium des Innern), Ministerpräsident a. D. Dr. Günther

Beckstein als ehem. bayer. Staatsminister des Innern, Dr. Wolfgang Weber (Präsident a. D. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz) **14. Juni:** Bernhard Falk (Vizepräs. a.D. des BKA), Felix Schwarz (Kriminaloberst (KOR) LKA Hamburg), Jörg Deisting (Erster Kriminalhauptkommissar (EKHK) LKA Mecklenburg-Vorpommern)

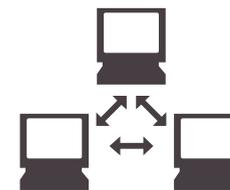
**DIGITALER WANDEL – Was früher mit einem hohen Aufwand verbunden war, geht heute in Sekundenschnelle: Musik, Fotos, Filme und Texte können beliebig häufig kopiert werden, ohne dass die Qualität darunter leidet. Mit Hilfe von Plattformen wie Facebook, Youtube oder durch Suchmaschinen werden diese Kopien ebenfalls in Sekundenschnelle verbreitet und veröffentlicht. Konsequenz: Verlage und Plattenfirmen, aber auch die Kreativen selbst, haben wenig bis gar keine Kontrolle mehr, was mit ihren Werken geschieht, wer sie wo veröffentlicht, kopiert und weiterreicht.**

Diese verloren gegangene Kontrolle hat weitreichende Konsequenzen für das Urheberrecht, welches sich am jeweiligen Schöpfer, der jeweiligen Schöpferin und deren Produkten orientiert. Was aber tun, wenn diese Produkte keinen singulären Charakter mehr haben, sondern innerhalb von Sekunden in tausendfacher Kopie um den ganzen Erdball gehen können? Dann wird es immer schwerer – manche sagen unmöglich – das aus der analogen Welt stammende Urheberrecht durchzusetzen. Trotzdem wird es versucht. Und es gibt eine ganze Reihe von Anwaltskanzleien, die mit Hilfe spezieller Software das Internet nach urheberrechtlich geschützten Werken durchsuchen und die NutzerInnen

dieser Werke abmahnen, so sie denn ausfindig gemacht werden können. Doch das ist alles andere als einfach und geht nur mit Hilfe der Anbieter von Internet-Zugängen, den Providern. Hier setzte das Acta-Abkommen der EU an, das in seiner ursprünglichen Fassung vorsah, dass die Provider ihre Kunden, also die Internet-NutzerInnen, überwachen sollten, um Verstöße gegen das Urheberrecht aufzuspüren. Im Wiederholungsfall sollte solchen NutzerInnen sogar der Anschluss gesperrt werden. Wegen der drohenden Überwachung des Internets kam es zu unerwartet heftigen Protesten und Demonstrationen, die breit durch die Medien gingen.

### Google versus Gema

Wie häufig im Leben geht es vor allem auch ums Geld. Google verdient sehr viel mit den Internet-Seiten von anderen, weil kaum noch jemand eine Internet-Seite aufsucht, ohne vorher zu googeln. Youtube oder Facebook erzielen ihre Werbeeinnahmen, weil viele Millionen Menschen dort für die Inhalte sorgen. Diese Internet-Unternehmen haben ein verstärktes Interesse an möglichst vielen, attraktiven und kostenfreien Inhalten (Musik, Videos etc.) im Netz. Plattenfirmen oder Filmproduzenten hingegen fürchten um ihre Gewinne, wenn ihre Produkte umsonst im Internet zu haben sind. Exemplarisch zeigte sich dieser Interessengegensatz, als die Gema als Vertreterin der Musikwirtschaft Google wegen der vielen Musikvideos auf Youtube verklagte.



### UrheberInnen vs. NetzaktivistInnen

In jüngerer Zeit haben Kulturschaffende den Anspruch auf das Urheberrecht für die von ihnen kreierten Werke eingefordert. Die Musiker und Autoren argumentieren, dass eine neue Technologie ihr Recht und ihren Anspruch auf eine angemessene Vergütung ihrer Kunst nicht obsolet mache. Sie beklagen eine „Umsonst-Kultur“ im Internet und **pochen darauf, dass kreative Arbeit entsprechend entlohnt werden müsse. Nur weil das Urheberrecht heute schwerer durchzusetzen sei als früher, dürfe man es noch lange nicht aufgeben.** Verlage und Plattenfirmen seien wichtige Partner bei der kreativen Arbeit, denn nicht jede KünstlerIn könne oder wolle sich selbst vermarkten. **NetzaktivistInnen argumentieren dagegen, dass das Internet den gesamten Prozess der Produktion von Kultur verändere.** Erstens könnten KünstlerInnen direkt in Kontakt mit ihrem Publikum treten und wären deswegen nicht mehr auf Verlage, Produzenten und Verwerter angewiesen. **Und zweitens sei die Vorstellung, es gäbe so etwas wie „geistiges Eigentum“ eine falsche.** Schon immer seien kulturelle Werke auch durch Kopieren und Neu-Zusammenstellen entstanden, und durch das Internet ergäben sich jetzt ganz neue Wege einer quasi kollektiven Kunstproduktion. Im Internet entstünden kreative Formate, die es schwierig machten, auch bei gutem Willen fremde Urheberrechte zu beachten.

### Die Grüne Debatte

Auch bei den Grünen wird spiegelbildlich zum allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs emotional und engagiert gestritten. Einmal mehr ringen die Grünen um die Lösung eines neuen gesellschaftlichen Problems, für das bisher niemand eine umfassende Lösung parat hält. Wir haben auf der BDK in Kiel eine Art Grundsatzbeschluss zur Gestaltung der digitalen Zukunft gefasst. Ziel unter anderem: ein Ausgleich zwischen den Interessen der UrheberInnen und den Interessen der NutzerInnen, die sich urheberrechtlich geschützter Werke zu nicht-kommerziellen Zwecken bedienen wollen. Einen solchen Ausgleich wollen viele, aber sogar der Spiegel hat bemerkt: „Am weitesten bei der Suche sind bislang die Grünen. Die Bundestagsfraktion arbeitet an einem Modell einer Internet-Flatrate für das private Herunterladen von Filmen und Musik“ (Spiegel 21/2012).

Der Gedanke hinter dieser auch als „Kulturflatrate“ bezeichneten Idee: Durch eine Pauschalabgabe auf jeden Internetanschluss werden Einnahmen generiert, die dann nach einem zu findenden Schlüssel an Urheber weiterverteilt werden. So etwas gibt es schon lange in Form von pauschalen Abgaben auf Tonbandcassetten oder CD-Rohlingen etc. Ob die „Kulturflatrate“ ein Baustein in einem neuen Vergütungssystem sein kann, wird gerade juristisch, technisch und ökonomisch geprüft. Sie ist nicht unumstritten, aber sie ist eine der wenigen konkreten Vorschläge in diesem Bereich.

Matthias Tang, Redaktion, Sprecher der LAG Medien

### Das Urheberrecht

Dieses Recht bezeichnet zunächst das subjektive und absolute Recht auf Schutz geistigen Eigentums in ideeller und materieller Hinsicht. Als objektives Recht umfasst es die Summe der Rechtsnormen eines Rechtssystems, die das Verhältnis des Urhebers und seiner Rechtsnachfolger zu seinem Werk regeln. Es bestimmt Inhalt, Umfang, Übertragbarkeit und Folgen der Verletzung des subjektiven Rechts.

### Das Zitatrecht

Werden aus urheberrechtlich geschützten Werken (kleine) Teile entnommen, so ist dies unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Das umfassende Recht des Urhebers wird durch das Zitatrecht eingeschränkt. Man spricht daher von einer Schrankenbestimmung. Im deutschen Recht darf nur dann zitiert werden, wenn die Quelle deutlich angegeben wird (§ 63 UrhG) – siehe Quellenangabe. Außerdem sind Zitate nur zulässig „in einem durch den Zweck gebotenen Umfang“, und nur dann, wenn „einzelne Werke nach dem Erscheinen in ein selbständiges wissenschaftliches Werk zur Erläuterung des Inhalts aufgenommen werden“ oder „Stellen eines Werkes nach der Veröffentlichung in einem selbständigen Sprachwerk angeführt werden“ oder „einzelne Stellen eines erschienenen Werkes der Musik in einem selbständigen Werk der Musik angeführt werden.“

wikipedia, 6-2012

Kurz: Wer geistige Arbeit leistet, darf im Sinne der Sache Zitate in angemessenem Umfang unter Quellenangabe verwenden.

In Berlin wachsen über die Hälfte der Kinder nicht bei ihren miteinander verheirateten biologischen Eltern auf. Wer in Berliner Kindergärten geht und sich die Tafeln mit den Familienfotos anschaut, sieht vor allem eine unglaubliche Vielfalt: alleinerziehende Mutter, Mama mit neuem Freund, Papa mit neuer Freundin. Daneben auch immer häufiger Mama mit Mama oder Papa mit Papa. Regenbogen- und Patchworkfamilien sind in Berlin der Normalfall. Kinder wachsen mit erwachsenen Bezugspersonen auf, die nicht leiblich mit ihnen verwandt sind. Und vor allem: die rechtlich nicht mit ihnen verwandt sind. Doch Blut ist nicht immer dicker als Wasser und damit auch soziale Elternteile nicht nur Pflichten sondern auch Rechte haben, bedarf es neuer gesetzlicher Grundlagen, für die sich Bündnis 90/Die Grünen verstärkt einsetzen.

„Du hast mir gar nichts zu sagen“ – diesen Spruch hat wohl jedes Elternteil vom pubertierenden Sozios mal an den Kopf geworfen bekommen. Beim sozialen Elternteil hat das Kind juristisch gesehen sogar recht. Dabei ist es ganz egal, ob das Kind gegebenenfalls bereits seit einem Jahrzehnt von diesem Vater oder dieser Mutter aufgezogen wurde. Denn in Deutschland darf ein Kind nur zwei Elternteile haben – die Realität hat sich dieser Vorstellung der idyllischen Kleinfamilie anzupassen. Dabei führt das zu ganz praktischen Problemen: etwa beim Arzt, wenn der soziale Vater keine Entscheidungen für das Kind fällen darf oder im Kindergarten, wenn die soziale Mutter das Kind abholen möchte.

Ganz deutlich wird das Dilemma beim Tod der leiblichen Mutter. Die Chance, dass das Kind beim sozialen Vater im gewohnten Umfeld bleiben kann und nicht etwa zum vielleicht ganz woanders lebenden leiblichen Vater geschickt wird, ist sehr gering. So verliert ein Kind mitunter beide Bezugspersonen und das soziale Umfeld auf einmal.

Aber auch die sozialen Elternteile sind benachteiligt. Sie beteiligen sich am Unterhalt, werden aber von Kindergeld und Steuerfreibeträgen ausgeschlossen. Im Todesfall können sie ihren Kindern nur als Fremde vererben. Im Trennungsfall von der leiblichen Mutter des Kindes haben die Kinder nach aktueller Rechtslage kein Umgangsrecht mit ihrem sozialen Elternteil.

### Zwei Elternteile sind manchmal doch nicht genug

Bei Regenbogenfamilien sieht die Situation noch etwas anders aus: Hier werden die Familien häufig schon von Geburt an als Mehrelternschaft geplant. Zwei lesbische Frauen und ein schwuler Mann wollen gemeinsam Eltern werden – aber nach geltendem Recht dürfen nur zwei davon tatsächlich Verantwortung übernehmen. Das läuft an der Realität vorbei – und deswegen will die Grüne Bundestagsfraktion das auch ändern.

Ende Mai hat sie ihr neues Konzept der „Elterlichen Mitverantwortung“ vorgestellt. Die fraktionsinterne Arbeitsgruppe „Neue Familienformen“ hat über ein Jahr an diesem Konzept gearbeitet.

Kern der Idee ist das familienrechtliche Institut der „Elterlichen Mitverantwortung“, mit dem die leiblichen Eltern bis zu zwei weitere Menschen in elterliche Mitverantwortung nehmen können.

Die sozialen Eltern sollen dann in fast allen Entscheidungen des Lebens mitreden können – also beim Arztbesuch oder in der Schule. Einzig die Namensgebung, die Religionszugehörigkeit und das Aufenthaltsbestimmungsrecht soll bei den leiblichen Eltern exklusiv verbleiben.

„Kindern ist es egal, in welcher rechtlichen Konstellation ihre Eltern miteinander leben“, erklärt Katja Dörner, die familienpolitische Sprecherin der Fraktion, das Vorhaben. „Sie brauchen Verlässlichkeit und Stabilität.“ Das will die Fraktion mit dem Papier erreichen. Denn, einmal geschlossen, soll die elterliche Mitverantwortung nicht einfach wieder entzogen werden können. Nur das Familiengericht soll im Konfliktfall und im Sinne des Kindeswohls eine elterliche Mitverantwortung aufheben können. Das Gericht soll auch im Streitfall entscheiden, welches Elternteil die für das Kind beste Entscheidung fällen soll. Dabei lehnt sich die Fraktion daran an, wie auch heute bei getrennt lebenden Eltern die Entscheidungsfindung erfolgt.

### Mehr rechtliche und gesellschaftliche Stabilität für Patchworkfamilien

Neben der rechtlichen Stabilität der Eltern-Kind-Beziehung will der Grüne Vorschlag aber auch die gesellschaftliche Wertschätzung von Patchworkfamilien erhöhen. „Dies soll auch im Unterhalts-, Steuer- und Erbschaftsrecht zum Ausdruck kommen“, kündigt Katja Dörner an. Bevor diese schwierigen Fragen angegangen werden, wollen die an der Arbeitsgruppe beteilig-



Zeichnung: Freimut Woessner

ten Abgeordneten erst mal ins Land horchen. In einer „rollenden Anhörung“ sollen im Sommer in allen Teilen Deutschlands Diskussionen mit Familienverbänden und RechtsexpertInnen stattfinden. Im Herbst sollen dann die offenen Fragen geklärt und das Papier von der gesamten Fraktion beschlossen werden. Das Ziel ist die Einbringung der „elterlichen Mitverantwortung“ in das Bundestagswahlprogramm.

Damit schließt sich dann ein Kreis. Denn bei der Diskussion zur Bundestagswahl 2009 fiel das damalige Konzept aus den Landesverbänden Berlin und NRW bei den Delegierten durch. Zu frisch und neu war die Vorstellung, dass mehrere Eltern Verantwortung für Kinder übernehmen können. Der neue Vorschlag nimmt die Bedenken auf: Statt eines Familienvertrags (eines frei zwischen den Eltern verhandel-

baren Übereinkommens) soll jetzt ein Institut mit klar gesetzlich geregelten Rechten und Pflichten treten mit Begrenzung auf zwei soziale Elternteile vor. Das entspricht wohl auch der Lebensrealität in den meisten Patchwork- und Regenbogenfamilien. Es bleibt zu hoffen, dass dem neuen Vorstoß mehr Erfolg beschieden sein wird.

Roland Wenke, Redaktion

### Zahlen & links

13,6% der Familien sind Patchworkfamilien. 16% aller Kinder leben bei alleinerziehenden Müttern bzw. Vätern. Es gibt ca. 5500 Regenbogenfamilien mit knapp 7000 Kindern in Deutschland.

### Heutige Rechtssituation:

Kinder können nur zwei Elternteile haben. Kommt z. B. durch Adoption ein neuer Elternteil dazu, muss ein anderer dafür seine rechtliche Verbindung zum Kind kappen.

### Positionspapier Elterliche Mitverantwortung

<http://katja-doerner.de/wp-content/uploads/2012/05/Positionspapier-Elterliche-Mitverantwortung-AK-5-und-3.pdf>  
Katja Doerner, MdB, Kinder- und familienpolitische Sprecherin

## Aus dem Abgeordnetenhaus: Teure Chefsachen

Grüne Fraktion Berlin/ Foto: Marco Urban



### Chefsachen – Teil 1: Das Flughafendesaster

Seit Wochen hält uns im Berliner Abgeordnetenhaus nur ein Thema in Atem: Wowereits Debakel am BER in Schönefeld. Nach der kurzfristigen Absage der Eröffnung kommen jeden Tag neue Details über Fehlplanungen, Missmanagement und Versagen des Aufsichtsrats zutage. Wie kann der Aufsichtsratschef Klaus Wowereit nichts über diese Missstände an seinem Chefprojekt „Flughafen BER“ gewusst haben? Es bleibt im Dunkeln, warum nicht eher das Ausmaß der Probleme bekannt und die Reißleine gezogen wurde. Gerade weil die Brandschutztechnik laut Klaus Wowereit bereits Ende 2011 als sensibelster Bereich identifiziert wurde, ist es umso unerklärlicher, warum sich nicht das besondere Augenmerk des Aufsichtsrats darauf richtete. Der Regierende Bürgermeister muss endlich Klartext reden und über die Hintergründe, Probleme und anstehenden Kosten schnellstens aufklären. Inzwischen wird bereits von einer Verdopplung der Baukosten gesprochen. Welche Kosten kommen auf die BerlinerInnen zu? Wird der Berliner Haushalt diese riesige Belastung stemmen müssen? Und wenn ja, wie? Auf all diese Fragen werden nun schnellstens Antworten erwartet.

Klaus Wowereit hat den Flughafen zu seiner Chefsache erklärt. Jetzt muss er als Chef für die Probleme geradestehen und kann sich weder vor Aufklärung noch vor den Konsequenzen wegduckeln. Die BerlinerInnen haben ein Recht darauf zu erfahren, was auf sie zukommt, welche Kosten sie schultern müssen, was alles im Argen liegt rund um den Flughafen und wie es nun weitergehen soll.

**Chefsachen – Teil 2: Haushalt**  
Engagiert ist die Fraktion auch in den derzeit laufenden Haushaltsberatungen. Denn die Zeiten, in denen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagen konnte, sie stimme mit der Haushaltspolitik des Senats zu 95 Prozent überein und stritte nur über die restlichen 5 Prozent, sind vorbei. Die politischen Unterschiede sind deutlich größer geworden. Mit unseren Änderungsbegehren wollen wir ein Volumen von etwa 1,4 Milliarden Euro bewegen und die Neuverschuldung 2012 um mehr als 350 Millionen Euro und 2013 um über 250 Millionen Euro absenken. Unsere Schwerpunkte: die Finanzierung der Bezirksverwaltungen, die Umsetzung der Energiewende, eine aktive Wohnungspolitik, ein Sofortprogramm für Schulen in besonderen Problemlagen, die solidarische Umverteilung im Kulturbereich und ein Paket von 25 Maßnahmen im Volumen von 10 Millionen. Besonders brisant: die vom Senat beabsichtigte verfassungswidrige Veranschlagung von Einnahmen und Ausgaben kommunaler sozialer Leistungen.

### Chefsachen – Teil 3:

**Zentral- und Landesbibliothek**  
Mit Nachdruck setzt sich die Fraktion für das Thema Planungsmoratorium für den Neubau der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) auf dem Tempelhofer Feld ein. Auch ein Wowereitsches Chefprojekt! Für die seit Jahren umstrittene ZLB hat es nie eine echte Standortuntersuchung bereits bestehender Gebäude als Alternativstandorte gegenüber einem Neubau gegeben. Eine echte bauliche Einschätzung inklusive einer Kalkulation der Kosten gibt es also nicht. Das ist für die Planung eines großen Infrastrukturprojekts fahrlässig. Angesichts der drohenden Mehrkosten beim Flughafenbau stellt sich die Frage, ob Klaus Wowereit der Stadt ein weiteres fehlgeplantes Mammutprojekt aufdrängen sollte.

**Die Energiewende ohne Chef**  
Längst überfällig ist, dass Berlin seinen Beitrag zur Energiewende leistet. Um eine klimapolitische Wende in Berlin zu erzwingen, unterstützen wir das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin“. Mit unserem Änderungsantrag zum Haushalt schaffen wir die haushaltspolitischen Voraussetzungen für eine neue Klimapolitik in Berlin und sorgen dafür, dass das Ziel des Volksbegehrens, ein Klimastadtwerk zu gründen, schon in diesem Doppelhaushalt umgesetzt werden kann.

*Ramona Pop, Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus*

## einfach Mitmachen vor Ort oder thematisch

**Landesgeschäftsstelle**  
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin  
Tel.: 6 15 00 50 - Fax: 61 50 05 99  
E-Mail: info@gruene-berlin.de  
www.gruene-berlin.de  
Mo-Do von 10-13 und 14-18 Uhr  
Fr von 10-14 Uhr

**Charlottenburg-Wilmersdorf**  
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin  
Tel.: 86 42 33 00 - Fax: 86 39 78 65  
E-Mail: kv@gruene-cw.de  
www.gruene-cw.de

**Friedrichshain Kreuzberg**  
Dresdener Str. 10, 10999 Berlin  
Tel.: 6 14 31 46 - Fax: 6 14 31 42  
E-Mail: info@frieke.de  
www.frieke.de oder www.gruene-xhain.de

**Lichtenberg**  
Rudolf-Reusch-Straße 16, 10367 Berlin  
Tel.: 32 53 42 39 - Fax: 40 03 68 20  
E-Mail: buero@gruene-lichtenberg.de  
www.gruene-lichtenberg.de

**Marzahn-Hellersdorf**  
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin  
Tel.: 5 41 40 19 - Fax: 70 24 88 95  
E-Mail: info@gruenemarzahnellersdorf.de  
www.gruenemarzahnellersdorf.de

**Mitte**  
Hessische Str. 10, 10115 Berlin  
Tel.: 45 08 28 18 - Fax: 45 08 28 20  
E-Mail: mitte@gruene-berlin.de  
www.gruene-mitte.de

**Neukölln**  
Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin  
Tel.: 67 12 08 12 - Fax: 67 12 08 11  
E-Mail: info@gruene-neukoelln.de  
www.gruene-neukoelln.de

**Pankow**  
Pappelallee 82, 10437 Berlin  
Tel.: 50 18 03 39 - Fax: 50 18 03 41  
E-Mail: buero@gruene-pankow.de  
www.gruene-pankow.de

**Reinickendorf**  
Brunowstraße 49, 13507 Berlin  
Tel.: 80 92 68 99 - Fax: 902 94 21 91  
E-Mail: kreisverband@gruene-reinickendorf.de  
www.gruene-reinickendorf.de

**Spandau**  
Jagowstr. 15, 13585 Berlin  
Tel.: 3 35 97 14 - Fax: 3 36 02 73  
E-Mail: alspondau@freenet.de  
www.alspondau.de

**Steglitz-Zehlendorf**  
Schildhornstr. 91, 12163 Berlin  
Tel.: 85 07 41 53 - Fax: 85 07 41 54  
E-Mail: kreisverband@gruene-suedwest.de  
www.gruene-suedwest.de

**Tempelhof-Schöneberg**  
Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin  
Tel.: 53 60 41 46  
E-Mail: kiezbueero@gruene-ts.de  
www.gruene-ts.de

**Treptow-Köpenick**  
Schnellerstr. 23, 12439 Berlin  
Tel.: 65 49 42 30  
E-Mail: treptow-koepenick@gruene-berlin.de  
www.gruene-treptow-koepenick.de

**Grüne Jugend Berlin**  
Madeleine Richter, Tel. 0176/70 57 31 87  
Vito Dabisch, Tel. 0157/75 36 26 22  
E-Mail: vorstand@gruene-jugend-berlin.de  
www.gruene-jugend-berlin.de



einige Abkürzungen,  
nicht schön, aber nützlich

- AG** Arbeitsgemeinschaft
- BAG** Bundesarbeitsgemeinschaft
- BDK** Bundesdelegiertenkonferenz  
= Bundesparteitag
- BFR** Bundesfinanzrat  
= Gremium der Landesschatzmeister
- BGS** Bundesgeschäftsstelle (Sitz in Berlin)
- BI** Bürgerinitiative
- BTW** Bundestagswahl alle vier Jahre
- BuVo** Bundesvorstand
- FR** Finanzrat
- GJ** Grüne Jugend
- HBS** Heinrich-Böll-Stiftung
- KGS** Kreisgeschäftsstelle
- KV** Kreisverband
- LAG** Landesarbeitsgemeinschaft
- LaVo** Landesvorstand
- LDK** Landesdelegiertenkonferenz  
= Landesparteitag
- LFR** Landesfinanzrat  
= Gremium der Kreisschatzmeister
- LGS** Landesgeschäftsstelle
- LA** Landesausschuss  
= kleiner Parteitag auf Landesebene
- LR** Länderrat  
= kleiner Parteitag auf Bundesebene
- LV** Landesverband
- MdB** Mitglied des Bundestages
- MdE** Mitglied des Europaparlaments
- MdL** Mitglied des Landtags (Flächenland)
- MdA** Mitglied des Abgeordnetenhauses
- MV** Mitgliederversammlung
- OV** Ortsverband

### ➔ Vorstand der Fraktion

**Ramona Pop**, Fraktionsvorsitzende  
**Stefan Gelbhaar**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, verkehrspolitischer Sprecher (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr), Sprecher für Medien- und Netzpolitik  
**Antje Kapek**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, stadtentwicklungspolitische Sprecherin

**Nicole Ludwig**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Wirtschaft, Haushalt und Tourismus  
**Benedikt Lux**, Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Innenpolitik und Datenschutz, Sprecher für Drogen- und Suchtpolitik, Vorsitzender Ausschuss für Verfassungsschutz

Alle Kreisverbände und (Landes-)Arbeitsgemeinschaften treffen sich regelmäßig. Du bist jederzeit willkommen zu schauen, Dich auszuprobieren, Themen einzubringen... – egal ob regelmäßig oder so, wie es passt.

**Landesarbeitsgemeinschaften:** Bildung, Bio- und Gentechnik, ChristInnen, Demokratische Rechte, Drogenpolitik, Energie, Europa, Frauen- & Geschlechterpolitik, Frieden & Internationales, Gesundheit & Soziales, Kultur, Medien, Migration, Mobilität, Netzpolitik, QueerGrün, Umwelt, Wirtschaft & Finanzen, Wissenschaft

**Arbeitsgemeinschaften:** Bauen, Grundsi- cherung & Grundeinkommen, Mensch & Tier, Mittel- und Osteuropa, Mobile Frauen, Grüne Perspektive Spandau

[www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de)